Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juni 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 58 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Freitag, den 27. Juni 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 97**

„Nationale Einheitsfront" gegen die Beamten!

3 Pfennig pro Tag — und den Spott obendrein

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 27. Juni.

Was am Mittwoch vorauszusehen war, ist am Donnerstag eingetreten: Bürgerliche und Sozialdemokraten spielten eine widerliche Komödie, deren Endergebnis die Ablehnung der kommunistischen Anträge betreffend Gehaltsaufbesserung und Aufhebung der Abbauverordnung und Wiedereinstellung aller entlassenen Beamten war.

Selbstverständlich trieften die Redner der anderen Parteien von seichten Phrasen über das Luxusleben der wohlhabenden Schichten, und der Sozialdemokrat Graßmann suchte Wirkung zu erzielen, indem er mit solchen Argumenten gegen die Deutschnationalen losging. Im selben Atemzuge aber erklärte er, daß die Sozialgesetzgebung des kaiserlichen Deutschland ausgezeichnet gewesen sei. Worauf ihm die Rechte zurief, warum denn die Sozialdemokratie früher gegen diese Gesetzgebung mit schärfster Kritik gearbeitet habe! Es war ein peinlicher Augenblick für die SPD.-Fraktion, als hier die revolutionäre Vergangenheit der Partei der kleinbürgerlichen, staatsbejahenden, „realpolitischen" Gegenwart gegenübergestellt wurde.

Dem endlosen heuchlerischen Gerede machen nun die Kommunisten ein Ende, indem sie Abstimmung erzwangen.

Und nun erreicht die widerwärtige Komödie ihren Höhepunkt. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte marschiert die sozialdemokratisch-bürgerliche Einheitsfront gegen unsere Beamtenanträge auf.

Mit allen Stimmen von Wulle bis Levi wird der kommunistische Antrag, der nur die Besoldungsgruppen acht bis dreizehn aufrechterhalten und die unteren Gruppen entsprechend aufbessern will, abgelehnt.

Dieselbe Einheitsfront von Wulle bis Levi drückt gegen die kommunistischen Stimmen die jämmerliche Regierungsvorlage durch. Nur ein Völkischer und drei Deutschsoziale wagen es, gegen den schmutzigen Kompromißwillen ihrer Fraktionen zu handeln und ebenfalls gegen die Vorlage zu stimmen. Unsere Fraktion nimmt das Ergebnis mit größter Entrüstung auf. Auf den Tribünen entsteht unter den anwesenden Beamten heftige Erregung. Dann wird die sozialpolitische Aussprache fortgesetzt. Wieder lassen die Bürgerlichen ihre verlogenen Phrasen vom Stapel. Wehleidig heulen sie über die unzureichende Versorgung der Rentner, Kriegsbeschädigten usw., aber sie wagen nicht, etwas zu unternehmen. Sie haben alles vorher miteinander zurechtgeklüngelt und halten die Parlamentsrede nur zum Fenster hinaus. Aber damit erzielen sie heutzutage keine Wirkung mehr.

Wie ein erfrischendes Donnerwetter fährt die scharfe Rede unseres Genossen Stetter dazwischen. Er bezeichnet es als eine Heuchelei, wenn hier diejenigen Parteien für die Sozialpolitik sprechen, die durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz erst den Abbau der Sozialpolitik ermöglicht hätten. Den Sozialrentnern und den Opfern des Krieges und des Ausnahmezustandes müsse eine auskömmliche Lebensstellung gesichert werden. Ein Deutschnationaler Abgeordneter, ein Direktor von Blohm & Voß, habe als erster die Kriegsbeschädigten aus dem Betrieb entfernt und ihnen nur 25 Prozent der Mindestlöhne gezahlt. Stetter brandmarkt mit heißendem Spott die Halbheit des bürgerlich-sozialdemokratischen Mischmasches und zeigt als einzigen Ausweg aus Not und Elend die proletarische Revolution.

*

Das Resultat dieser Komödie ist also, daß anstatt der von den Kommunisten verlangten 800 Millionen nur 71 Millionen zur Aufbesserung der Gruppen 1 bis 6 verwendet werden. Außerdem sollen von diesem Geld die Frauen- und Kinderzulagen in allen Gruppen, also auch in den höheren, heraufgesetzt werden. Die Kommunisten hatten hierzu verlangt, daß von dem Betrag von 800 Millionen nur in den Gruppen 1 bis 9 eine Aufbesserung der Sozialzulagen vorgenommen werden solle.

Die Beamten werden nunmehr, nach Ablehnung unserer Anträge, am eigenen Leibe spüren, was ihnen die bürgerliche „Sozialpolitik" beschert hat: ein Almosen, dessen Erbärmlichkeit eine geradezu unerhörte Provokation der unteren und mittleren Beamten ist.

Wer ist daran schuld? Sämtliche Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Völkischen.

Die Nationalsozialen haben sich den Mittelparteien angeschlossen, nachdem ihr eigener ganz unzureichender Antrag abgelehnt worden war. Die Deutschnationalen haben gegen die vor den Wahlen so gehätschelten Beamten gestimmt und selbstverständlich die gesamten Mittelparteien mit Einschluß der SPD.

Das ist eine neue Demaskierung dieser konterrevolutionären Gesellschaft. Wie groß ist der Brocken, den die Sozialdemokraten und ihre Freunde auf der Rechten, den Beamten hinwerfen?

3 Pfennig pro Tag, ganze 3 Pfennig!

Und zur selben Zeit speiste der Arbeitsminister und Zentrumspfaffe Brauns eine Delegation von Sozialrentnern mit leeren Redensarten ab. Das ist, ihr Rentner, Kriegsbeschädigten, Beamten, die Frahe der bürgerlichen Gesellschaft. Das sind die Leute, die von nationalen Phrasen triefen und sich als Volksfreunde brüsten! Zum Teufel mit ihnen! Es wird nicht eher besser werden in Deutschland, bis die Arbeiterklasse das Schicksal des Volkes in ihre eigenen starken Hände nimmt! Zu diesem Ziel strehen die Kommunisten, und an ihre Seite gehören in diesem Kampf auch die Beamtenproletarier, die jetzt so schmählich wieder verraten worden sind.

Wie das Gutachten geschoben wird

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 27. Juni.

Herriot hat im Senat mit 397 gegen 97 Stimmen ein Vertrauensvotum erhalten. Es scheint also eine Annäherung zwischen dem erzreaktionären Senat, der bekanntlich Painlevés durchfallen ließ und Doumergue zum Präsidenten wählen half, erfolgt zu sein. In der Tat können auch die Poincaristen nichts Ernsthaftes gegen Herriots Linie vorbringen. Wie jetzt bekannt wird, vertritt Herriot ebenso wie Poincaré die Auffassung, daß die Besetzungsfristen im Rheinland noch nicht zu laufen begonnen haben, während man in London anderer Meinung ist.

Ueber seine Unterhaltung mit Macdonald, die Sicherheits- und Reparationsfrage betreffend, erklärte Herriot im Senat folgendes:

„Es war notwendig, auch die Folgen bei etwaigen Verletzungen des Dawes-Planes durch Deutschland zu überlegen. Herr Macdonald hat mir versichert, daß England als Hüter des Vertrages sich feierlichst verpflichte, an der Seite seiner Verbündeten zu stehen, wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wolle. (Lebhafter Beifall.) Wir werden die Art zu prüfen haben, wie solche Vertragsverletzungen festgestellt werden können. Unsere Unterredung mußte sich auch auf die Mitarbeit Englands in der Erhaltung des Friedens und auf die **Garantie für Frankreich gegen einen Angriff Deutschlands** beziehen. Ich hätte unsere Sicherheit nicht opfern können.

Die Sicherheitsmaßnahmen in dem Gebiet, das jetzt der französischen und belgischen Regie untersteht, werden militärischen Sachverständigen unterbreitet werden. (Bewegung.) Damit Europa in Frieden leben kann, muß Deutschland entwaffnet sein. (Beifall.) Erklärungen und Versprechungen können uns nicht genügen (Beifall und Bewegung).

Ich habe mich davon überzeugen dürfen, daß in dieser Hinsicht die Ansichten Ramsay Macdonalds absolut mit den meinigen übereinstimmen. Und dieses zu beweisen, haben wir eine Note an die deutsche Regierung geschickt, die von Macdonald und mir unterzeichnet war. Unsere belgischen Freunde haben so oft über die Verständigung zwischen England und Frankreich gearbeitet, daß sie über diesen Entschluß sehr erfreut waren. Unsere Entscheidung ist ihnen sofort zur Kenntnis gebracht worden. Denn unser Bemühen

Fortsetzung Seite

Gegen den imperialistischen Krieg!

E. R. Zehn Jahre nach Beginn des Weltkrieges rüsten die Imperialisten der Welt energischer als je zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen. Der Weltkrieg hat die imperialistischen Konflikte nicht gelöst. Er konnte sie nicht lösen, dafür hat er neue Verwicklungen vorbereitet. Die stehenden Heere Europas sind bedeutend stärker als 1914, obwohl Deutschland, Oesterreich und Ungarn entwaffnet sind, Frankreich und England wetteifern im Bau von Flugzeugen. Die Arbeiter-Regierung Macdonald hat offen verkündet, sie werde nicht dulden, daß eine andere Macht über eine größere Luftflotte als England verfüge. Amerika und England überbieten sich trotz des Abrüstungsabkommens von Washington im Bau von Schlachtschiffen und Kreuzern. Erst in der vergangenen Woche hat der amerikanische Senat für diese Zwecke über 100 Millionen Dollar bewilligt. Alle imperialistischen Raubstaaten arbeiten an der Verbesserung der Kriegschemie (giftige Gase).

Die einzelnen Mächte sehen sich zugleich nach Verbündeten um. Frankreich mobilisiert die kleine Entente durch Militärkonventionen, die mit der Tschechoslowakei, mit Polen, Rumänien und Jugoslawien abgeschlossen wurden. England und Amerika verständigten sich zum gemeinsamen Vorgehen in Asien gegen Japan. Dieses wiederum findet volle Unterstützung durch Frankreich.

Die Kriegsrüstungen werden um so stärker zunehmen, je mehr sich die Konflikte zwischen den imperialistischen Räubern anhäufen und zuspitzen. Frankreich wird mehr und mehr zum gefährlichsten Konkurrenten Englands auf dem Kontinent. Zudem sind die Streitigkeiten zwischen beiden Mächten um die Vormachtstellung in Kleinasien nicht behoben. Außerdem bedrohen die englischen Eisenbahnpläne in Afrika (Bahn Kap—Kairo) die französische Kolonialpolitik. Im Weltmaßstabe stehen Amerika und England in schärfster Konkurrenz. Die nordamerikanische Union hat während des Weltkrieges einen großen Teil der englischen Absatzmärkte erobert. Beide Mächte haben zugleich ein gemeinsames Interesse gegenüber Japan, in dem Lande neuer unerschöpfter Möglichkeiten: in China.

Seit dem Kriege ist die kapitalistische Welt aus Wirtschaftskrisen nicht herausgekommen. Immer neue Verschärfungen künden sich an. Die Imperialisten kennen keinen anderen Ausweg als neuen Krieg.

Dabei haben sie das größte Interesse daran, den Millionenmassen der Werktätigen, die neue unerhörte Blutopfer zu bringen haben, von Frieden zu reden und ihnen Illusionen zu machen. **Die Massen sollen von Frieden träumen, damit sie nicht gegen den Krieg rüsten.** Inmitten der schärfsten Kriegsrüstungen tönt die Welt von Friedensrufen wider.

Die Nutznießer der kapitalistischen „Ordnung" und ihrer Kriege verstehen sich auf das Geschäft und wissen geschickte Agenten im Lager der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die Hauptagenten für die imperialistische Räuberpolitik sind die Sozialverräter der 2. Internationale — Macdonald in England gleichermaßen wie Leon Blum in Frankreich und Vandervelde in Belgien, von den deutschen Sozialpatrioten gar nicht zu reden, die sich auf ihrem letzten Parteitag wieder als die billigsten und willigsten Helfer der Bourgeoisie in „Krieg und Frieden" angeboten und angepriesen haben. Sie reden in der Zeit schwerer Wirtschaftskrisen und neuer imperialistischer Zuspitzungen den Proletariern ein, das goldene Zeitalter breche an. So schrieb der „Vorwärts" am 13. Juni: **„Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt. Die Völker ersehnen die Herstellung des Friedens auf der Grundlage der Demokratie."** Die „Arbeiter"-Regierung Macdonald, die sozialdemokratische Regierung Stauning in Dänemark, die Linksblock-Regierung Herriot in Frankreich — das sind die Friedensboten, von denen die Bernstein, Sollman, Wels, Crispien schwärmen. Das Sachverständigengutachten der kapitalistischen Räuber mit der Privatisierung der Reichseisenbahn, mit seiner Erhöhung der Tarife, der Zölle, der Verbrauchssteuern, mit seiner Kontrolle der Produktion durch Entente-Kommissare, mit seiner unerhörten Auspowerung der Arbeitskraft und Verteuerung aller Lebensverhältnisse, das ist das Friedensgeschenk, die Friedensgarantie, die alle Gegensätze ausgleicht. Lauter als je schreien die Sozialdemokraten nach dieser Erfüllungspolitik. Eindeutig und klar haben sie damit ihre Politik in den Dienst der Kapitalisten der Welt gestellt. Sie stehen restlos im Lager der Bourgeoisie. Aber sie haben noch Einfluß auf breite Arbeitermassen, sie haben wichtige Positionen und die Arbeiterorganisationen inne, die sie dazu ausnutzen, um die Arbeiter der Bourgeoisie und deren Raubplänen gefügig zu machen.

Das Proletariat ist von doppelter Gefahr bedroht. Es soll im neuen Kriege als Kanonenfutter dienen und es wird in der Zeit der Kriegsvorbereitungen der Profitgier unter Preisgabe aller Errungenschaften der Arbeitskämpfe erbarmungslos ausgeliefert. Denn mehr Hunger und mehr Arbeit, das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0001

ist der Weg des Sachverständigengutachtens, der Weg der sozialdemokratischen Erfüllungspolitik.

Wir Kommunisten haben gegenüber den imperialistischen Kriegsrüstungen und den sozialdemokratischen Agentendiensten mit ihren pazifistischen Illusionen die breitesten Massen aufzurütteln, zu mobilisieren und zum Kampfe zu führen. Aus allen Erfahrungen der letzten zehn Jahre gilt es, der Arbeiterklasse die eine Lehre einzuhämmern:

Ein dauernder Frieden kann nur durch den Sieg der proletarischen Revolution gesichert werden. Der Kampf für den Frieden muß gegen die kapitalistische Ordnung gerichtet sein, denn sie ist die Ursache der modernen Kriege. Dem imperialistischen Krieg muß darum klar und deutlich der Bürgerkrieg entgegengestellt werden. Der Weg zum Frieden führt nicht über die Arbeiter-Regierung Macdonald, über die Linksblock-Regierung Herriot und über die Erfüllungspolitik des Sachverständigengutachtens mit seiner Verklavung des internationalen Proletariats, sondern nur über die Erweiterung der russischen Oktoberrevolution und ihrer Umwandlung in die Weltrevolution, die den Sieg der proletarischen Diktatur über die Bourgeoisie sichern wird.

In den Tagen der zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsbeginns muß sich das Proletariat Europas entscheiden. Für Macdonald oder für Lenin, für die Internationale der Durchhaltepolitiker und Arbeitermörder oder für die Internationale der Revolution, für die Politik des kapitalistischen Wiederaufbaus und neuer Kriege oder für die Zerstörung des kapitalistischen Systems und die proletarische Diktatur für die kapitalistische Erfüllungspolitik auf Kosten der verelendeten Massen der Werktätigen oder für den Aufbau der kommunistischen Weltordnung.

Das Proletariat der Welt, das sich vor zehn Jahren durch die Schwüre der 2. Internationale schmählich hatte betrügen lassen, es darf sich durch sozialdemokratische Reden gegen den Krieg und für den Frieden nicht erneut betören lassen. Dieselben Sozialisten der 2. Internationale, die 1907 in Stuttgart und 1912 auf dem Internationalen Kongreß zu Basel die Hände zum Schwur erhoben haben, mit allen Mitteln gegen den Krieg zu kämpfen, dieselben Sozialisten, die sich am 4. August für den imperialistischen Krieg und für die imperialistischen Drahtzieher Wilhelm II. erhoben haben: „Wir lassen das Vaterland nicht im Stich" — dieselben Sozialisten, die 1918 die monarchistischen Offiziere gegen die Arbeiter bewaffneten, die in jedem Falle den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fielen; sie können von Arbeiterverrat und Arbeitermord nicht mehr lassen. Darum kann es für den klassenbewußten Arbeiter keine Gemeinschaft mit den Führern der Sozialdemokratie geben. Das deutsche Proletariat kann keinen anderen Weg der Befreiung gehen als den Weg der kommunistischen Partei, der kommunistischen Internationale, den Weg des Bürgerkrieges, den Weg der proletarischen Revolution.

Die Arbeitskämpfe der letzten Monate haben gezeigt, daß der Kapitalismus von immer neuen Krisen geschüttelt wird, daß an eine Befreiung der Welt und eine Besserstellung der Arbeiterklasse unter kapitalistischer Diktatur nicht zu denken ist. Das Proletariat wird von neuen Lasten bedroht, die besten revolutionären Arbeiter werden unter Mithilfe der sozialdemokratischen Führer gemordet, zu Tausenden in die Gefängnisse geworfen, zu Zehntausenden gemaßregelt. Das Proletariat hat ungeheure Kraft bewiesen. Es muß sie bewußt organisieren, um die kapitalistische Welt zu stürzen und die proletarische Diktatur errichten zu können.

In den Tagen der zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsbeginns, wo die Pazifisten heuchlerisch vom Frieden schwärmen und die Nationalisten aller Sorten laut nach Revanche schreien, muß das internationale Proletariat allen seinen Feinden in großen Kundgebungen und Demonstrationen entgegentreten, um der Welt den Willen der Arbeiterklasse zu zeigen: Wir wollen nicht wieder Schlachtvieh für die Bourgeoisie werden. Wir wollen uns nicht noch mehr versklaven lassen. Wir kämpfen gegen den Kapitalismus und gegen alle seine Helfer, gegen die Nationalisten und gegen die Führer der 2. Internationale, wir kämpfen für den Sieg des Proletariats, für die Errichtung der proletarischen Diktatur.

Die kommunistischen Parteien aller Länder werden die wenigen Wochen bis zum 4. August ausnutzen, um in allen Betrieben und allen Arbeiterorganisationen das Proletariat aufzurütteln, für diese Gedenktage zu mobilisieren und für den Kampf um den Sieg der proletarischen Revolution unter der Führung der Kommunistischen Internationale zu gewinnen. Die Imperialisten der Welt sollen erkennen, daß das internationale Proletariat nicht wieder wie 1914 ahnungslos in das große Morden hineingeführt werden kann. Die Kommunistische Internationale und das siegreiche russische Proletariat mit dem ersten proletarischen Staat werden den Kampf aufnehmen zur endgültigen Liquidierung aller imperialistischen Kriege. Das Proletariat schaut auf Sowjet-Rußland, als den Hort eines dauernden Friedens, als die Hoffnung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, und es schart sich um die Fahne der Revolution, um die Sowjet-Banner der Kommunistischen Internationale. Das revolutionäre Proletariat wird in den Tagen der zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsbeginns in aller Welt den Ruf laut erschallen lassen, der damals 1914 von wenigen Vorkämpfern unter der Führung Lenins in die Welt klang:

Krieg dem Kriege,
Bürgerkrieg gegen imperialistischen Krieg!

7 Monate Gefängnis —

weil sie nicht verhungern wollen

München-Gladbach, 24. Juni.

Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich 27 Arbeiter aus Rheydt, Odenkirchen und Giesenkirchen wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Im August vorigen Jahres, als durch die Inflationspolitik der Kapitalisten die Arbeiter zur Verzweiflung getrieben wurden, sollen sie in Giesenkirchen Weizen abgeschnitten haben. Polizei konnte die hungernden Arbeiter nicht vertreiben. Da sie nicht mit ihren Familien verhungern wollten, setzten sie sich mit Knüppeln und Mistgabeln zur Wehr. Das ist dann Landfriedensbruch! Dafür sitzen die Proleten dann in die Zuchthäuser. Über die Banditen, die die Inflationspolitik jahrelang trieben und dabei dick und fett wurden, die die Massen monatelang hungern ließen, begehen keinen Landfriedensbruch. So will es die kapitalistische Gesellschaft.

Sechs Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen, die anderen zu 3 bis 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

„Der Kämpfer" erscheint am 1. Juli wieder

„Der Kämpfer", unser Chemnitzer Bruderblatt, das vom sächsischen sozialdemokratischen Innenminister unbefristet verboten wurde, wird am 1. Juli 1924 wieder erscheinen.

Wie das Gutachten geschoben wird

Fortsetzung von Seite 1

erfolgte im Interesse aller Verbündeten, und es hat den Zweck, die Einheitsfront der Alliierten zu schützen. Als die Herren Theunis und Hymans über die Einzelheiten unserer Unterredung informiert waren, erklärten sie ihre volle Uebereinstimmung mit unseren Ansichten."

Die Haltung der Kommunisten wird von Tag zu Tag mehr gerechtfertigt. Die Alliierten, der „linke" Herriot und der „linke" Macdonald, wollen mit allen Mitteln die Profite ihrer Bourgeoisie sichern. Die deutsche Bourgeoisie, die „nationale" Männer der Rechts- und Mittelparteien, werden alles schlucken. Wenn gewisse Rechtsblätter jetzt Stimmungsmache gegen Frankreich betreiben, so handelt es sich um nichts Grundsätzliches, sondern nur um ein Ablenkungsmanöver, womit der „Oeffentlichkeit" das Gutachten und seine Bedingungen schmackhaft gemacht werden soll.

Was tut die SPD.?

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 27. Juni.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„In die Regierung bereit, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund noch vor dem 1. September 1924 zu stellen?"

*

So leben wir! Not und Elend auf allen Gassen, Unterdrückung und Auspowerung der werktätigen Massen, Kompromisse mit dem Auslandskapital, Wirtschaftskrise schwerster Form — und dann kommt die SPD., um nach dem famosen Völkerbund zu winseln.

Allerdings: die Haltung dieser Jammerpartei ließ das erwarten. Der Völkerbund ist ein Klub kapitalistischer Regierungsmänner und da ja Hilferding auf dem Berliner Parteitag das „Bündnis mit den westlichen Demokratien" proklamiert hat, so passen diese „Arbeitervertreter" prächtig in den Genfer Sumpf. Und das nennen diese Burschen für „Freiheit und Kultur" arbeiten. Pfui Teufel!

Wieder ein Kommunist von Faszisten ermordet

(Eig. Drahtm.) **Breslau**, 25. Juni.

In Biskupitz überfielen die Faszisten unsere Genossen. Genosse Pigan wurde durch mehrere Dolchstiche schwer verwundet und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Genosse Pitczyk wurde ebenfalls durch Dolchstiche schwer verwundet; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

*

Kaum ein Tag vergeht, ohne daß ein Meuchelmord von den reaktionären Banditen verübt wird. Die letzten Kanaillen wagen sich nur schwer bewaffnet gegen die Arbeiter. Diese müssen endlich erkennen, daß man sich gegen Mörder nur mit den von ihnen gebrauchten Mitteln wehren kann. Die Proleten stehen auf; sie werden sich nicht von Etappen-Bourgeoissöhnchen töten lassen. Zehnfache Vergeltung für jeden Hakenkreuzlerüberfall!

Hakenkreuz am Tschako . . .

Schupo und Faszisten gegen Republikaner und Pazifisten

(Eig. Drahtm.) **Elberfeld**, 27. Juni.

Die republikanische Kundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft, in der Vierbücher über „das Hakenkreuz ist Deutschlands Untergang" gesprochen hatte, wurde von der republikanischen Schutzpolizei unter Assistenz der Faszisten auseinandergesagt. Vierbücher verlas bei Eröffnung der Versammlung einen Flugzettel der Hakenkreuzler, in dem diese aufforderten, die Versammlung zu besuchen, sich aber nicht auf sachliche Auseinandersetzungen einzulassen, sondern die völkische Idee durch den Gummiknüppel zu propagieren. Darauf setzte sofort Tumult ein.

Im Laufe der Versammlung stellte sich die Schupo offensichtlich auf die Seite der Faszisten. Sie verprügelte die Ordner der Friedensgesellschaft mit Gummiknüppeln. Als die Versammlungsleitung gegen die einseitige Stellungnahme der Schupo protestierte, und ihre Ordner aufforderte, ohne Rücksicht auf die Beamten die Ordnung aufrecht zu erhalten, ließ der Elberfelder Polizeipräsident, der die Schupoaktion persönlich leitete, die Versammlungsleiter verhaften und die Kundgebung auflösen. Die Faszisten zogen unter Gesang des Ehrhardt-Liedes ab. Die Kommunisten behaupteten während und nach der Versammlung das Kampffeld gegen Friedensfreunde und Faszisten und demonstrierten nachher in geschlossenem Zuge durch die Stadt.

Am Neumarkt wurde die schwarzrotgoldene Fahne der Republik, die von einer Gruppe Sozialdemokraten in Sicherheit gebracht werden sollte, von der Schupo beschlagnahmt. Der Träger wurde verhaftet. Die Kundgebungen auf der Straße dauerten bis in die Nacht.

Genosse Frank bleibt in Haft!

Genosse Karl Frank, der 21 Tage lang einen Hungerstreik durchführte, wird noch immer im Gefängnis zu Stadelheim festgehalten. Selbst ein Antrag auf Ueberführung in eine von den Behörden zu bestimmende Klinik gegen Stellung einer Kaution wurde abgelehnt. Die Behörden weigern sich auch, einen Privatarzt zur Untersuchung und Behandlung Franks zuzulassen. Statt der Haftentlassung, die schon mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand Franks dringend erforderlich ist, haben die Behörden die Termine für die Aburteilung des Genossen Frank beschlossen. In der nächsten Woche soll sich Genosse Frank wegen angeblichen Landfriedensbruchs vor dem Gericht verantworten. Anfang Juli soll dann Frank zusammen mit etwa 60 Kommunisten wegen Teilnahme an einer kommunistischen Sitzung vor Gericht erscheinen.

Hochverräter und Meuchelmörder werden in Bayern nicht verfolgt. Dagegen wird Genosse Frank, nur weil er Kommunist ist, wegen einer Vagatellsache wochenlang festgehalten. Wir fordern immer wieder die sofortige Haftentlassung Franks.

Der völkische Knabenmörder Liebeck soll freigelassen werden!

Der Polizeibericht meldet, daß das Verfahren gegen den Hitlergardisten Liebeck eingestellt worden sei, nachdem der Mörder ausgesagt, er habe den Schüler Günther Beyer im Spiel aus Versehen erschossen.

Von anderer Seite wird wieder erklärt, das Verfahren sei nicht eingestellt, die Staatsanwaltschaft 3 habe die Angelegenheit dem Untersuchungsrichter übergeben, da sie den Verdacht eines politischen Verbrechens noch nicht aufgegeben habe.

Der Fall Liebeck wird immer toller! Seitdem die Abteilung Ia zur Einsicht kommen mußte, daß der Fall nicht gegen die Kommunisten auszuschlachten ist, ist sie die Güte, Nachsicht und Leichtgläubigkeit selber. Soll sich ein Fall Grütte-Lehder wiederholen?

Seitdem aber mit dem Mahlsdorfer Knabenmord die Hetze gegen die Kommunistische Partei so frech genährt wurde, hat die Arbeiterschaft ein großes Interesse an der Beantwortung verschiedener Fragen, die immer noch in tiefstes Dunkel gehüllt sind.

Woher kommt es, daß die Schreibsachverständigen der Ia nicht sofort erkannten, daß der Zettel „Tod den Faszisten. KPD.-Exekutive" von dem Liebeck selbst geschrieben war?

Woher kommt es, daß in Berlin das ominöse rote Plakat mit der Aufschrift „Politischer Mord" mehrere Tage nach der Verhaftung des Liebeck erschien, ohne daß in dem Plakat auch nur angedeutet war, daß Liebeck unter Tatverdacht verhaftet worden war. Warum hat man nicht erst die Handschrift des Zettels ehrlich und sachverständig daraufhin untersucht, ob sie von Liebeck herrührt, ehe man das Faksimile herstellen ließ?

Wir fragen, ob die verantwortlichen Schreibsachverständigen zur Rechenschaft gezogen worden sind? Wenn man Faksimile anfertigen läßt in der Hoffnung, Nichtkriminalisten sollten die Handschrift erkennen, so hatte man die Pflicht, vorher selbst zu untersuchen. Oder wurde das Faksimile nur verbreitet, um den Text und damit die Ansicht zu verbreiten, die KPD. lasse 14jährige Kinder ermorden, weil sie bedauernswerte Opfer der Hetze ihrer Lehrer und Erzieher sind?

Wir fragen ferner, ob sich Liebeck noch in Haft befindet oder ob er, wie gerüchtweise verlautet, tatsächlich schon auf freien Fuß gesetzt worden ist?

Wegen Landfriedensbruchs verurteilt

(Eig. Drahtm.) **Schlotheim**, 25. Juni.

Hier wurde gegen sechs Arbeiter verhandelt, die unter Anklage des schweren Landfriedensbruches standen. Sie sollen angeblich der völlig ungerechtfertigten Verhaftung mehrerer Genossen im September 1923 die Arbeiter- und Beamtenschaft zum Eintritt in den Sympathiestreik veranlaßt haben, der die Freilassung der Verhafteten erzwang. Die ergrimmte Bourgeoisie ließ jetzt die Strafe folgen. Der „Haupträdelsführer" erhielt ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von einem bis zu sieben Monaten.

Metallarbeiterstreik im Saargebiet

Die Wirtschaftskrisis verschärft sich

10000 Mann im Streik

(Eig. Drahtm.) **Saarbrücken**, 27. Juni.

Die Gesamtbelegschaft der Dillinger Hütte von 10 000 Mann und 80 Prozent der Angestellten, sind gestern in den Streik getreten. Die Generaldirektion hatte die Stillegung einzelner Abteilungen angeordnet. Weiter zahlte sie den Arbeitern seit Wochen nicht den verdienten Lohn aus. In einer Abteilung des Werkes hatte sie unerhört hohe Strafen festgesetzt. In bereits stattgefundenen Verhandlungen nahm die Direktion ihre Maßnahmen nicht zurück. Der Streik wird mit seltener Geschlossenheit durchgeführt. Kein einziger Arbeiter ist im Betrieb.

Polizeikontrolle in Industriebetrieben!

Achtung, Betriebsräte!

pp. (Eig. Drahtm.) **Elberfeld**, 26. Juni.

In den Textilbetrieben des Wuppertales erscheinen seit einigen Tagen im Auftrage der politischen Polizei Beamte, legitimiert durch Marke und Ausweis, um die Namen der Betriebsräte und sonstigen Betriebsfunktionäre festzustellen. Auf Anfrage wurde erklärt, daß diese Maßnahmen sich als „notwendig" erwiesen aus den zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen. Der Elberfelder Polizeikommandant ist Faszist. Es scheint sich um eine vorbereitende Maßnahme zu handeln. Die Belegschaften müssen mit Allem Ernst und mit aller Sorgfalt an die Organisation der Verteidigung gehen.

Betriebsstillegung des Torgauer Stahlwerks

Torgau, 27. Juni.

Die hiesige Zweigstelle des Linke-Hoffmann-Konzerns ist geschlossen und die Belegschaft entlassen worden. Es handelt sich fast ausschließlich um Arbeiter, die schon dreizehn Jahre im Werk beschäftigt waren und teilweise im Betrieb verunglückt sind. Nur wenige Streber und Akkordarbeiter wurden den Schwesterwerken überwiesen.

Für den Arbeiterkongreß

(Eig. Drahtm.) **München-Gladbach**, 27. Juni.

In einer Belegschaftsversammlung der Firma Max Erkelenz & Co. nahmen die Arbeiter Stellung zum Arbeiterkongreß und beschlossen, gegen zwei Stimmen, die Entsendung eines Delegierten. Die Firma ist eine der größten München-Gladbachs. Die Krise in der Textilindustrie hat bereits großes Elend über die Arbeiter gebracht. Die Kampfentschlossenheit wächst. Der Tiefpunkt der Passivitätswelle scheint überwunden zu sein.

Die Sonneberger Arbeiterschaft beschickt den Arbeiterkongreß

Sonneberg, 26. Juni.

Die von den vereinigten Betriebsräten von Sonneberg und Umgegend einberufene Vollversammlung der Betriebsräte war sehr stark besucht. Nach längerer Aussprache über örtliche Angelegenheiten wurde zum Schluß einstimmig eine Resolution gefaßt, den Reichs-Arbeiterkongreß in Leipzig am 29. Juni zu unterstützen. Die Neuhäuser und Köppelsdorfer Kollegen haben sich schon durch eigene Delegationen bereit erklärt, in Leipzig zu erscheinen. Es wurde dann für Sonneberg ein Kollege der Spielwarenindustrie als Delegierter gewählt und Sammellisten zur Finanzierung der Delegation herausgegeben.

Die Weimarer Metallarbeiter senden Delegierte

Nachdem bereits das Weimarer Gewerkschaftskartell einstimmig und die hiesige Zahlstelle des Verbandes der Tapezierer sich für den Reichs-Arbeiterkongreß ausgesprochen und Delegierte gewählt haben, haben die Weimarer Metallarbeiter in ihrer am Montag stattgefundenen Mitgliederversammlung auch einen Delegierten für diesen Kongreß gewählt.

Gegen das Verbot des Arbeiterkongresses

(Eig. Drahtber.) **Suhl**, 26. Juni.

Das Gewerkschaftskartell hat gestern eine Sitzung abgehalten, in der einstimmig eine Resolution angenommen wurde, die sich gegen das Verbot des Arbeiterkongresses richtet. Es wurde ein Delegierter zur Beschickung des Arbeiterkongresses gewählt. Außerdem wurde eine Protestresolution gegen den Beschluß des ADGB. in der Frage der IAH. einstimmig angenommen.

Bäckerstreik in Paris

(Eig. Drahtb.) **Paris**, 25. Juni.

Die Pariser Bäckergesellen befinden sich seit Dienstag im Generalstreik. Sie fordern Lohnerhöhung, Aufhebung der Nachtarbeit und den Achtstundentag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0002

Ein deutscher Kappist an der Ermordung Matteottis beteiligt?

Berlin, 26. Juni.

Wie das „Berliner Tageblatt" aus Rom meldet, soll der an der Ermordung Matteotti beteiligte angebliche Deutsche Otto Chirzio identisch sein mit dem ehemaligen Pressechef der Kapp-Regierung, dem früheren Juden und späteren Antisemiten Ignatz Lincoln-Trewitsch

Mussolini und seine deutschen Mordgesellen

(Eig. Drahtm.) **Zürich, 26. Juni.**

Mussolini hat in einer Rede vor dem italienischen Senat sich gegen die im Ausland anläßlich der Ermordung Matteottis erhobenen Angriffe gewandt. Es handele sich bei diesem politischen Mord nicht um die Ehre Italiens, denn:

„Wenn ein oder mehrere Verbrechen genügen würden, um auf die Moralität und die Zivilisation eines Volkes einen Schatten zu werfen, was müßte man dann von einem großen Lande denken, in dem man unlängst dokumentarisch 400 politische Verbrechen, darunter einige besonders tragische, nachgewiesen hat."

*

Der faszistenfreundlichen deutschen Bourgeoisie, die so gern von „nationaler Ehre", von „deutscher Zucht und deutscher Ordnung" redet, werden diese Rippenstöße des italienischen Oberfaszisten nicht gerade angenehm sei; denn wenn irgendwo, so hat sich jetzt in Italien dieses Ordnungsprinzip fürchterlich blamiert. Und ausgerechnet aus dieser peinlichen Gegend her kommen Erinnerungen an die deutschen Faszistenskandale, Erinnerungen, die darauf hinweisen, daß Aufregung über Italien gar nicht am Platze sei; der politische Mord sei doch schließlich ein honnetites Gewerbe in der bürgerlichen Gesellschaft. O, shoking, Ihr armen deutschen Bourgeoisis, wie konnte Euch Euer Mussolini nur so blamieren!

Ein Protest der Gelben in Genf

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 25. Juni.**

Die in Genf zum Internationalen Arbeitskongreß (Völkerbund) versammelten Amsterdamer und sonstige Gelbe veranstalteten eine Kundgebung gegen die Ermordung Matteottis. Es sprachen für England Poulton, für die Amsterdamer Internationale Quedegeest, für die Franzosen Joulaux, für die Schweden Johannson, für die Deutschen Semmer (Hirsch-Dunckersche Gewerkschaft). Es wurden Beileids- und Protestresolutionen angegeben. Im übrigen verlief alles in „Ruhe und Ordnung", wie es sich für gute Bürger geziemt.

Das Schandurteil in Finnland

Helsingfors, 25. Juni. Die durch Gerichtsurteil jetzt verbotene Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands wirkte in treuer Kampfgemeinschaft mit der illegalen Kommunistischen Partei, deren gesamte Leitung in Emigration lebt. Der Prozeß wurde gegen 200 Funktionäre der SAP. geführt. Hierzu mußten gegen 50 Genossen zehn Monate lang die Hölle der finnischen Untersuchungsgefängnisse durchmachen. Bezeichnend für das Klassengericht ist, daß die finnischen Behörden den von der schwedischen Kommunistischen Partei zur Verteidigung der Angeklagten gestellten beiden schwedischen Rechtsanwälten den Zutritt zum Lande zu verhindern suchten.

Unter den Angeklagten (es wurden alle verurteilt), die bis zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, befinden sich der gesamte Parteivorstand und die frühere 27 Vertreter starke Reichstagsfraktion. Die acht Zeitungen der Partei, die Zeitschrift und das Jugendorgan sind restlos verboten worden.

Daß aber die kommunistische Bewegung damit nicht beseitigt worden ist, beweisen die letzten Reichstagswahlen in Finnland, bei denen die FSAP. trotz Versammlungsverbote, Zeitungsverbote, Inhaftierungen und beispiellosen Verrat der finnischen Rechtssozialisten ihren Stand behaupten konnte.

Die „Arbeiter-Regierung" in den Händen des Bürgertums

Im Inlande ein Spielball

London, 26. Juni.

Die Regierung hat gestern abend im Unterhaus in einer Geschäftsordnungsfrage bezüglich der Wohnungsvorlage eine Niederlage erlitten. Die Unionisten stimmten gemeinsam mit den Liberalen dafür, daß die Vorlage nicht an den Geschäftsordnungsausschuß verwiesen werde. Das liberale Mitglied Masterman beantragte, daß die Vorlage von einem Ausschuß des gesamten Hauses behandelt werde. Bei der Abstimmung haben für den liberalen Antrag 315, gegen diesen 175 gestimmt. Die Regierung blieb daher mit 140 Stimmen in der Minderheit.

Die Blätter heben hervor, daß dies die fünfte Niederlage der Regierung Macdonald sei, und zwar die schwerste, die irgendeine Regierung in den letzten Jahren erlitten habe.

In der Kolonialpolitik wird der starke Mann gespielt

London, 26. Juni.

Die „Times" melden aus Kairo: Premierminister Zaghul Pascha erklärte in der Kammer, wenn er in London nicht völlige militärische Räumung Aegyptens erreiche, werde er die Verhandlungen unverzüglich abbrechen.

Neues vom Tage

Der Zwölfjährige mit dem Revolver. Bei einem Schulausflug nach Blankenburg im Harz gerieten zwei Quartaner in Streit, in dessen Verlauf der zwölfjährige Schüler Heinrichs einen Revolver zog und damit seinem Schulkameraden Schäfer einen Schuß beibrachte, der den sofortigen Tod des Getroffenen herbeiführte. Der Vorfall spielte sich so schnell ab, daß der herbeieilende Lehrer die Tat nicht mehr verhindern konnte. So weit sind wir also schon, daß zwölfjährige Faszisten Revolver in Besitz haben. Die nationalistische Verseuchung wird immer bedenklicher.

Schwere Pulver-Explosion bei Hannover. Aus Hannover wird gemeldet: In Letter fanden Männer unter einer Brücke am Kanal vier Kisten mit Schwarzpulver. Die Kisten wurden geöffnet, der Inhalt aus Neugierde mit einem Streichholz angezündet und dadurch zur Explosion gebracht. Während die Kisten geöffnet wurden, kamen noch einige Neugierige hinzu. Bei der Explosion wurden vier Männer, eine Frau und drei Kinder schwer verletzt; sie liegen zum Teil hoffnungslos darnieder. Außerdem erlitten noch einige Personen leichte Verletzungen. Es steht so gut wie fest, daß das Pulver aus einem Diebstahl herrührt.

Automobilunglück bei Allenstein. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Chaussee bei Spiegelberg in der Nähe von Allenstein. Ein von Königsberg kommendes Personenautomobil der Likörfirma Petereidt geriet beim Anfahren des Berges vor Spiegelberg ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Es schlug um, wurde zertrümmert und die Insassen herausgeworfen. Dem Chauffeur gelang es rechtzeitig, sich zurückzuwerfen, wodurch er zwar aus dem Wagen geschleudert wurde, aber unverletzt blieb. Die beiden Insassen, der Reisende Wisojki aus Königsberg und dessen Frau trugen sehr schwere Verletzungen davon. Wisojki erlitt einen Schädelbruch und war sofort besinnungslos. Beide Verunglückten starben später in der Allensteiner Klinik, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben.

Doppelmord. In dem böhmischen Grenzort Petersdorf wurde die 82 Jahre alte Mutter und 50jährige Schwester des Viehhändlers Schäfer ermordet. Der Täter ist entkommen.

Mobilmachung der Partei!

Parteibefehl!

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Beginnes des Weltkrieges am 4. August hat auf Antrag der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands die Exekutive der Komintern für die Woche vom 27. Juli bis zum 4. August in allen Ländern der Welt große internationale Massenkundgebungen gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Sozialverräterei angeordnet.

Im Vordergrund der Ereignisse der mittel- und westeuropäischen Staaten steht der

Versklavungsplan der imperialistischen Sachverständigen

Dieser Plan, der die gradlinige Fortsetzung ist des Versailler „Friedensvertrages", legt konkret die Ausbeutung des deutschen Proletariats mit Hilfe der Weißen Garden der ganzen Welt fest. Die deutsche „demokratische" Republik wird zu einer Reparationskolonie gemacht. Die deutschen Kapitalisten erhalten die Verpflichtung, das Los der deutschen Arbeiterklasse dem der chinesischen Kulis mindestens gleichzustellen. Bei Annahme der Sachverständigenpläne ist der Achtstundentag und selbst der Hungerlohn der Vorkriegszeit auf Jahrzehnte dahin. Wenn die deutsche Arbeiterschaft gegen ihre Versklavung rebelliert, so tritt die bewaffnete Macht des internationalen Kapitalistenpacks den Söldlingen des deutschen Kapitals bereitwilligst zur Seite.

Die Annahme der Sachverständigenpläne bedeutet aber auch, die Vorbereitung zu neuen imperialistischen kriegerischen Auseinandersetzungen mit pazifistischen Phrasen zu umhüllen. Die Sozialdemokratie, die sich die „Völkerbefreiende" nennt, versucht jetzt die Friedensschalmaie zu blasen, mit genau denselben verlogenen Argumenten, wie sie am 4. August 1914 die Proletariermassen in das Völkermorden hineinhetzte. Die Sozialdemokratie weiß, daß die Annahme der Sachverständigenpläne die internationalen Verwicklungen absolut nicht verhindern, sondern im Gegenteil dazu führen müssen, daß auf deutschem Boden der Streit der imperialistischen Räuber um das Vorrecht der Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse entbrennen muß.

Die Deutschnationalen, die sich stützen auf bis an die Zähne bewaffnete Mörderbanden, die sich stützen insbesondere auf die in unserem Bezirk stark vertretene Stahlhelmorganisation, hat noch vor kurzem die Annahme der Sachverständigenpläne als Versklavung des deutschen Volkes bezeichnet. Jetzt erklärt das deutschnationale Gesindel, daß sie von der Regierung lediglich verlangt: eine „Ehrenerklärung" über die Nichtschuld Deutschlands am Weltkriege. Damit wird klar und deutlich gesagt, daß diese nationalistischen Helden sich bereits abgefunden haben, mit den Versklavungsplänen der imperialistischen Westmächte und daß sie sich lediglich noch einstellen auf den Bürgerkrieg gegen das deutsche Proletariat,

Parteigenossinnen und -genossen!

Die kommunistischen Parteien in sämtlichen Ländern der Welt, in Frankreich und in Deutschland, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in China, in England und in Indien, in Japan wie in Italien, sie alle setzen jetzt ein mit einer ungeheuren Kampagne gegen die Sachverständigenpläne, gegen die Vorbereitung neuer Weltkriege, gegen die Lügen und Verrätereien der sozialdemokratischen Lakaien der Bourgeoisie.

Für den Bezirk Halle-Merseburg der KPD. ergeht, ebenso wie für alle anderen Bezirke der deutschen Partei, der Appell zur allgemeinen Mobilmachung der Mitgliedschaft wie der gesamten ausgebeuteten Volksmassen.

Unter der Parole, gegen den imperialistischen Krieg, für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland, wie in der ganzen Welt, werden alle übrigen Parolen vereinigt:

Gegen den Versailler Vertrag!

Gegen das Sachverständigengutachten!

Gegen die Regierung der größten Koalition von Westarp bis Levi, die Regierung der Ententekontrolle und der Arbeiterversklavung!

Gegen die Schurkerei der Führer des ADGB. und der SPD.!

Gegen die Verfolgung der Kommun. Partei!

Für die Opfer des Krieges, der Revolution und der täglichen Arbeitskämpfe!

Für den Achtstundentag!

Für ausreichende Lohnerhöhungen!

Für die Arbeiterkontrolle der Produktion!

Für die Entwaffnung der Bourgeoisie und den proletarischen Machtkampf!

Für das Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Für die Weltrevolution!

Für die Weltunion der Sowjet-Republiken!

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirk Halle-Merseburg

Zum ersten Teil der Vorbereitungskampagne gegen die Sachverständigengutachten:

29. Juni bis 6. Juli:

Große Parteifunktionär-Konferenzen

in sämtlichen Kreisen.

Sonntag, den 29. Juni:

Mansfelder Seekreis um 10 Uhr vormittags in Eisleben im „Volkshaus".

Kreis Sangerhausen um 11 Uhr vormittags im „Goethehaus" in Artern.

Kreis Weißenfels um 8½ Uhr in Weißenfels im „Volkshaus".

Montag, den 30. Juni:

Saalkreis um 8 Uhr abds. in Halle in der Produktiv-Genossenschaft.

Kreis Naumburg um 8 Uhr in Laucha im „Schützenhaus".

Dienstag, den 1. Juli:

Kreis Zeitz um 7½ Uhr abds. in Zeitz im „Schützenhaus", kleiner Saal.

Freitag, den 4. Juli:

Kreis Bitterfeld abends 7½ Uhr in Bitterfeld im „Bürgergarten".

Kreis Delitzsch um 8 Uhr in Delitzsch im „Lindenhof".

Kreis Wittenberg um 7½ Uhr abends in Wittenberg bei Freudenberg.

Sonntag, den 6. Juli:

Kreis Liebenwerda um 9½ Uhr vormittags in Liebenwerda im „Schützenhaus".

Mansfelder Gebirgskreis um 10 Uhr vormittags in Burgörner-Altdorf bei Barthels.

Kreis Merseburg um 8½ Uhr vormittags in Merseburg in der „Funkenburg".

Kreis Torgau um 10 Uhr vormittags in Torgau in der „Waldschenke".

Zu diesen Konferenzen sind zum Erscheinen verpflichtet: sämtliche kommunistischen Funktionäre, gleichgültig, ob im Parteiapparat, in der Gewerkschaft, in der Konsumgenossenschaft oder in einer anderen Organisation tätig. Anwesend sein müssen die Funktionäre sämtlicher Ortsgruppen, die den betreffenden Kreisen angeschlossen sind.

Sitzung der Kreisleitungsmitglieder mit den Arbeitsgebietsleitern

am Sonnabend, dem 28. Juni:

Kreis Bitterfeld: 8 Uhr abends in Bitterfeld im „Bürgergarten".

Kreis Liebenwerda: 8 Uhr abends in Elsterwerda im Gasthof „Zur Sonne".

Kreis Merseburg: 8 Uhr abends in Merseburg in der „Funkenburg".

Saalkreis: 8 Uhr abends in Halle in der Produktiv-Genossenschaft.

Kreis Zeitz: 7 Uhr abends in der „Herberge".

An diesen Konferenzen haben teilzunehmen sämtliche Mitglieder der Kreisleitungen und die Leiter der Arbeitsgebiete. Jeder Genosse, der fehlt, wird zur Rechenschaft gezogen. Arbeitsgebietsleiter, die durch zwingende Gründe am Erscheinen verhindert sind, haben der Kreisleitung vorher über den Grund ihres Nichterscheinens Mitteilung zu machen und einen Vertreter zu entsenden.

Quittung der Sammlungen für die Bergarbeiter

Zur Unterstützung des Kampfes der deutschen Bergarbeiter sind bisher folgende Summen eingegangen:

Rote Gewerkschafts-Internationale	10 000	Rubel
Allrussischer Zentralgewerkschaftsrat (WZEPS.)	10 000	„
ZK. des Allrussischen Bergarbeiterverbandes	10 000	„
ZK. des Allrussischen Eisenbahnerverbandes	10 000	„
ZK. des Allrussischen Angestelltenverbandes	5 000	„
ZK. des Allrussischen Metallarbeiterverbandes	5 000	„
ZK. des Allrussischen Textilarbeiterverbandes	3 000	„
ZK. des Allrussischen Gemeindearbeiterverbandes	1 000	„
ZK. des Allrussischen Chemiearbeiterverbandes	1 000	„
ZK. des Allrussischen Transportarbeiterverbandes	750	„
Moskauer Gouvernements-Gewerkschaftsrat	5 000	„
Moskauer Gouvernem.-Konferenz d. Chemiearbeiter	2 000	„
Moskauer Revierkomitee des Bergarbeiterverbandes	1 500	„
Moskauer Gouvernem.-Abtlg. der Textilarbeiter	5 000	„
„ „ „ „ Angestellten	3 000	„
„ „ „ „ Metallarbeiter	2 000	„
„ „ „ „ Buchdrucker	1 000	„
„ „ „ „ Gemeindearbeiter	1 000	„
Mosk. Gouvernem.-Abtlg. Arbeiter der Arzneikunde	1 000	„
„ „ „ Lebensmittelarbeiter	1 000	„
„ „ „ Land- u. Forstarbeiter	500	„
„ „ „ Transportarbeiter	500	„
„ „ „ Holzarbeiter	500	„
„ „ „ Aufklärungsarbeiter	500	„
„ „ „ Bauarbeiter	500	„
„ „ „ Bekleidungsarbeiter	500	„
„ „ „ Lederarbeiter	500	„
„ „ „ Hotel- u. Gasthausangest.	300	„
„ „ „ PTT.-Angestellten	200	„
„ „ „ Arbeiter d. Zuckerindustrie	100	„
„ „ „ Papierarbeiter	100	„
„ „ „ Wassertransportarbeiter	50	„
Moskauer Bureau des ZK. der Eisenbahner	300	„
	82 800	Rubel

27. 6. 24

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Schmisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle.

Distrikt 6. Freitag, abends 7½ Uhr, „Produktiv": **Distriktsversammlung.**

Distrikt 13 a. Freitag, 27. Juni, abends 8 Uhr, bei Schwertfeger, Friesenstraße: **Distriktsversammlung.**

Distrikt 18. Sonntag, vormittags 10 Uhr, „Löhs Hof": **Distriktsversammlung.**

Frauen-Funktionäre und Verwundetenkomitee. Montag, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Sitzung.** Unterlagen der Kh. sind mitzubringen.

Mansfelder Seekreis.

Stedten. Sonntag, 29. Juni, nachm. 2½ Uhr, Lokal Kraneis: **Mitgliederversamml.**

Gerbstedt. Sonntag, 29. Juni, nachm. 3 Uhr, Jugendheim: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Merseburg

Leuna. Sonnabend, 28. Juni, abends 8 Uhr, im Parteilokal: **Mitgliederversamml.**

Kreis Zeitz

Zeitz. Sonnabend, 28. Juni, abends 7 Uhr, bei Wagner (Voigtstr.): **Mitgliederversl.**

Hayneburg. Sonnabend, 28. Juni, abends 8 Uhr, in Sautzschen: **Mitgliederversamml.**

Kreis Torgau

Dommitzsch. Sonntag, 29. Juni, vorm. 10 Uhr, „Konzerthalle": **Kreiskonferenz.**

Für
Vereinsfeste
Festabzeichen, Kontroller, Tanzblumen, Losröllchen
Gartenfeste
213 Girlanden, Luftballons, Lampions
Sommerfeste
Abschießvögel und -sterne, Laternen, Fackeln
Kinderfeste
Tragstäbe, Spielwaren, Geschenkartikel
empfiehlt [redacted]
Paul Lange, Merseburger Strasse 168
Tel. 3477 Nähe Riebeckplatz Tel. 3477

Stadt - Theater
Sonnabend 7½ Uhr
Kolportage
Sonntag:
Meistersinger 2008

Thalia - Theater.
Sonntag 8 Uhr
Mein Vetter Eduard

Kochs Künstlerspiele 2002
Bunte Bühne
Jeden Abend 8¼ Uhr
Das große Attraktions-Programm!
11 erstkl. Künstler
Kleine Eintrittspreise

Schulbücher empfehlen die **Volksbuchhandlungen.**

---

1. Hallesch. Mandolinen-Orchester e. V. 2007
Sonnabend, 28. Juni, abends 8 Uhr, im „Hofjäger", Lindenstraße
1. gr. Gartenkonzert
Anschließend **Tanz**
Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im Saale statt

Zung Runthal Zung
Sonntag, den 29., u. Montag, den 30. Juni
Vogelschießen
Um zahlreiche Beteiligung bittet
684 **Die Schießgesellschaft**

Arb.-Samariter-Kolonne, Eisleben
Sonnabend, den 28., u. Sonntag, den 29. Juni, im „Volkshaus".
4. Stiftungsfest
Festprogramm:
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Kommers unter Mitwirkung des Turnvereins Ludwig Jahn, der Gesangvereine, Reitzer-Konzert**
Sonntag, vormittags 9 Uhr: **Uebung an der Hüneburg,** nachm. 3 Uhr: **Reitzer-Konzert und Ball**
Auf den Kegelbahnen: **Auskegeln von Bratwürsten**
146 **Der Vorstand**

Vereine

Komm. Jugend
Ortsgruppe Halle
Bureau: Produktiv-Genossenschaft, geöffnet von 5-7 Uhr.
Heute, Freitag Gruppe Süd, pünktlich ½8 Uhr, in der Produkt.-Genossenschaft: Gruppenabend.
Gruppe Nord: ½8 Uhr, im Volkspark: Gruppenabend.
Sonntag: Tageswanderung n. d. Horche. Treffpkt.: ½6 Uhr, auf dem Hallmarkt.
Montag, pünktlich 6 Uhr: Vorstandssitzung. [2008
Zentral-Vorstand.

Kom. Kindergruppe
Freitag, 6—8 Uhr, im Volksp.: Musikstunde.
Sonntag, 1 Uhr: Wanderung. Treffen a. Cafe Dietze.
Montag, 6 Uhr, im Volkspark: Treffen der Funktionäre v. Norden u. Zentrum.
Jeden Mittwoch, v. 4-6 Uhr: Gruppenzusammenkünfte i. Volkspark u. in der Prod.-Genossensch. Pünktl. Erscheinen ist Pflicht.

„Naturfreunde"
Heim: Weidenpl. 20 (Linker Eingang)
Zahlabend: Jeden Freitag von ½8 bis 10 Uhr, auch für Ferienheim - Genossenschaft.
Bezirks-Treffen in Ammendorf.
Sonnabend: Zur Sonnenwendfeier. Abmarsch: Abends 8 Uhr v. Riebeckplatz. Anschließend: Nachtfahrt. Zeltbahn und Decken mitbringen.
Für die anderen. Sonntag, früh 6.30 Uhr, vom Riebeckplatz. Die ganze Ortsgruppe nimmt Teil. 2011

Küchen
natur lasiert, schöne, saubere Ausführung, liefert 2003 sehr preiswert
G. Schaible,
Gr. Märkerstr. 26

Kraft- u. Ringsport-Klub „Eiche"
Wittenberg

Sonntag, d. 29. Juni, im Konzerthaus „Schweizergarten":
Städte-Mannschafts-Kampf 162
(im griech.-röm. Ringkampf)
Coswig gegen **Wittenberg**
Beginn der Kämpfe 7 Uhr
Nachmittags 4 Uhr: **Ball**
Die techn. Leitung **Der Vorstand**

Volks - Feuerbestattungs - Verein Halle a. d. S. 689
Ortsgruppe Weißenfels
Sonnabend, 28. Juni, abds. 8 Uhr, im „Pichelsteiner Krug":
Generalversammlung
Vollzähliches Erscheinen erwünscht
Der Vorstand. E. Pauli

Zur Aufklärung!
Die von verschiedenen Leuten dem Gärtner Herrn **H. Ehrlich** nachgesagten Redensarten entsprechen nicht der Wahrheit. Der Obengenannte hat die Aeußerungen nicht getan 2005
Steinmetz

Leistungsfähigste
Bezugsquelle
für 1997
Metall- u. Holz-Bettstellen
Kinder-Bettstellen
Patent- u. Auflegematratzen
Bett-Chaiselongues
Sofas, Sessel, Chaiselongues
Wegen Platzmangels infolge Zwangsräumung noch besonders billig
Zahlungserleichterungen
Bruno Paris
jetzt Brüderstr. 3
— 1 Minute vom Markt —

Ich empfehle ganz vorzüglich fettes
Maſtroßfleiſch
1 Pfund **prima Gehacktes**
nur **30** Pf.

Meine 2006
Schank- u. Speisewirtschaft
bringe in gefl. Erinnerung
die große Portion nur 40 Pf.
(Büfettier **H. Starke**)
Max Zaubitzer
Steinweg 52

Walhalla-Operetten-Theater

Ab Sonnabend
den 28. Juni, täglich abends **8 Uhr**

Der Erfolg des Jahres!

6 Monate ununterbrochen in Berlin auf dem Spielplan! Die neueste und erfolgreichste Operette des „Schwarzwaldmädel"-Komponisten Leon Jessel

Meine Tochter Otto!

Operette in 3 Akten von Fritz Grünbaum und Wilhelm Sterk — Musik von Leon Jessel

Programmfolge:

8.00 Ouvertüre zu „Meine Tochter Otto"
8.05 Auftritt Hanna Bertram als Elly
8.10 Duett: „Ich möcht mit Dir nach Venedig" (Bertram und W. Ernst)
8.20 Kientopp-Tanz-Duett „Beim Film muß man schön sein" (Ria Rainer und Fritz Ritterfeld)
8.25 Hanna Bertram als „Otto"
8.30 Tanz-Terzett: „Ein Mann, der Böses tut, hats bei den Weibern doppelt gut"
8.40 Lied mit Damenchor: „Ich muß doch auch einmal mit meiner Frau" (Artur Wilke)
8.50 Das große Tanz-Schlager-Quartett: „Auf dem Lande blüht die Liebe!"
9.15 Boston-Duett: „Zärtlich klingt das Lied der Liebe!"
9.25 Tanz-Duett: „Rück doch ran, mein Schätzchen!"
9.45 Das glänzende humoristische Finale des 2. Aktes vom Gesamt-Personal
10.15 Großes Java-Tanz-Duett: „Wenn Du mit mir Java tanzt"
10.25 Die Sensation des Abends: Hanna Bertram als Jackie Coogan Heiterkeitsstürme!! Jubelnder Beifall!
10.50 Ende der lustigsten aller Operetten

Erklärung: Da seitens des geehrten Publikums vielfach Zweifel darüber aufgetaucht sind, ob ich die Doppelrolle der Elly und des Otto allein und ohne Zuhilfenahme einer Kollegin spiele, so erkläre ich hiermit an Eidesstatt, daß ich **tatsächlich beide Rollen jeden Abend allein** ohne jede Mithilfe einer anderen Darstellerin verkörpere!
Hanna Bertram

Die Tageskasse ist 11—1 Uhr und ab 6½ Uhr geöffnet! 1999

Heute letzter Tag „Das Radio-Mädel"

Die Sättigung,

die Beseitigung des Hungergefühls, ist der unmittelbare Zweck der Nahrung. Der Sättigungswert einer Speise richtet sich danach, wie lange das Hungergefühl durch ihren Genuß beschwichtigt wird. Die heutige Armut gestattet weitesten Kreisen nur wohlfeile Nahrung. Als wohlfeil gilt aber irrigerweise nur eine Kost, die zwar den Magen füllt, aber nicht lange vorhält. Unabweisbar ist ihre Ergänzung durch eine konzentrierte Kraftkost von anhaltender Sättigungswirkung, wie sie in den Reichardt-Schokoladen dargeboten wird. Eine 100-Gramm-Tafel Reichardt-Schokolade enthält 156 Nährwerteinheiten, die gleiche Gewichtsmenge Fleisch (mittelfettes Ochsenfleisch) nur 119. Reichardt-Schokolade ist zudem — im Gegensatz zu Fleisch — schon zu Friedenspreisen hier erhältlich. Wo man Reichardt-Kakao und Reichardt-Schokolade zu Vorkriegspreisen erhält, zeigen Plakate und Schilder mit dem bekannten Namenszuge an.

437

Besuchs-taschen 1991
Ia. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

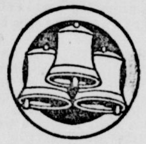
Auf Abzahlung!
Garderobe, Manufakturwaren, Gardinen, Bettbezüge, Handtücher, Hemden, Damenbeinkleider, Schürzen usw.
Carl Rasemann
Alte Promenade 35 I.
205

Handfederwagen z. verk. 2020] Taubenstr. 28, pt.

Merseburg
Funkenburg.
Täglich Verkauf von 686 **hausschl. Wurst**

Bitterfeld
Palast-Theater
Von Freitag, den 27. Juni bis Montag, den 30. Juni 1924:
Das
große Doppel-Programm
Nur auf den Bergen wohnt das Glück!
Schönstes, melodienreichstes Singspiel von Hans Felsing
in **6** langen Akten
Ferner: *435
Tiefland!
Ergreifendes Drama in 5 Akten bearbeitet nach der bekannten Oper
In Kürze:
Kriemhilds Rache
Der 2. Nibelungenfilm

Preis-Ermäßigung
Block-Schokolade
100 Gramm nur **20** Pf.
Malzbonbons oder Drops
¼ Pfund **20** Pf.
Pralinen ¼ Pfund **30** Pf.
Gebr. Mandeln ¼ Pfd. **35** Pf.
Gentzsch' 2000
Konfitüren-Geschäfte
kennt jedes Kind in Halle a. d. S.
Jeder kluge Mensch kauft bei Albert Gentzsch



Nußbutter-Margarine
reine Pflanzenbutter
von vorzüglichem Wohlgeschmack
Pfund **70** Pfennig
Butterhandlung
Zu den drei Glocken
G. m. b. H. 1993

Turn-Verein „Frisch auf"
Kleinwittenberg-Piesteritz
28. und 29. Juni 1924:
25. Stiftungsfest
verbunden mit **Fahnenweihe**
Sonnabend, abends 7 Uhr **Begrüßungsabend** im „Elbhafen" und „Schützenhaus"
Sonntag, früh 7 Uhr: **Wettkämpfe und Spiele** auf dem Sportplatz (Munitionsanstalt)
Nachm. 2 Uhr: **Umzug. Weihe der Fahne** auf dem Marktplatz in Piesteritz
Nachm. 4 Uhr: **Massenaufführungen** der Turner, Turnerinnen und Kinder. **Schauturnen, Wettspiele und Volkstänze**
Abends 6 Uhr: **Ball** im „Elbhafen", „Schützenhaus" und „Ballhaus", Pappelbrücke
163 **Das Festkomitee**

Heute, Freitag

Schlachtefest
H. Wagner
Zeitz
Kalkstraße 11.

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Für Sänger-, Turner-, Bergleute-, Radfahrer- und Feuerwehr-Feste empfehle:
Garten- u. Saaldekorationen
2021 sowie
Kinderfest-Artikel — Papier-Laternen, Fahnen, Luftballons, Sterne u. Adler, Feuerwerk usw. in großer Auswahl zu bekannt billigsten Preisen
Albin Hentze,
Schmeerstraße 24

Geschäftseröffnung!
Der verehrten Einwohnerschaft von Merseburg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage **Sixtiberg 2** ein
Lebensmittelgeschäft
eröffnet habe.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich beehrende Kundschaft reell zu bedienen
688 **M. Stange**

Rindfleisch	Pfd.	70—90	Pf.
Schweinefleisch .	„	80—90	„
Hammelfleisch .	„	70—80	„
Hausschl. Wurst	„	80	„

sowie **gel. Schinken u. Dauerwurst ff. Wärme** in prima Qualität 687
Nachsel, Fleischerei
Merseburg, Große Ritterstraße 12

Referat auf der Bezirks-Frauenkonferenz am 21. Juni in Halle

Bericht von der Reichs-Frauenkonferenz in Berlin — Unsere nächsten Aufgaben

Genossinnen!

An Hand der geleisteten Arbeit muß untersucht werden, ob unsere Tätigkeit bisher richtig gewesen ist. Die Arbeit hatte falsche Formen und Methoden in der Partei angenommen. Die Frauenarbeit sollte neben der allgemeinen Parteiarbeit stehen. Die Frauen waren sich selbst überlassen. Wir wollen nicht in den alten Fehler verfallen und sagen, weil die Genossen selbst noch kleinbürgerlich sind, darum ergeben wir uns in großen Protesten über unsere Zurücksetzung. Wir wollen erklären, daß wir auch einen großen Teil Schuld an dieser Einstellung der Genossen tragen. Seht Euch die Kreise und Ortsgruppen an, wo die Frauen wirkliche politische Arbeit leisten, da sehen die Männer die Frauen nicht vom kleinbürgerlichen Standpunkt an. Man hat ja Frauen als politische Leiterinnen gewählt, und zwar, weil sie verstanden, sich durchzusetzen. Frauenarbeit ist ein sehr wichtiger Teil der Gesamtarbeit der Kommunistischen Partei. Ausgehend von der Frage: Wen brauchen wir zur Revolution? müssen wir sagen, wir wollen die Massen gewinnen. Dazu gehört alles, was sich gegen das kapitalistische System wehren muß.

Daran sind die Frauen sogar mehr interessiert, als die Männer.

Unsere Frauenbewegung hat die Aufgabe, das weibliche Proletariat zu mobilisieren. Man hatte lediglich den Frauen diese Arbeit überlassen. Wir brauchen aber das gesamte Proletariat zur Revolution. Dazu gehören auch die Frauen. Also ist die Kommunistische Partei daran interessiert, auch diesen Teil des Proletariats zu mobilisieren. Sehr wahrscheinlich wird in der allernächsten Zeit in den Kämpfen eine ganz andere Situation kommen, wie wir sie bisher gehabt haben. Es wird eine Umstellung der kämpfenden Schichten erfolgen, **und einen ausschlaggebenden Faktor darin werden die Frauen bilden. Im Ruhrgebiet, in Oberschlesien war das beim letzten großen Streik schon der Fall.**

Die Frauen haben aktiv eingegriffen und das führende Element in diesem Kampf gebildet.

Wie kommt das? Weil die Tatsache mitspricht, daß die Männer viele Kämpfe hinter sich haben, daß sie abgekämpft sind, und daß die Frauen jetzt erst aufwachen, die Dinge überhaupt erst sehen, die äußere Not sie mittreibt, aber auch die politische Erkenntnis immer mehr bei ihnen um sich greift.

Die Frauen-Reichskonferenz hat sich damit einverstanden erklärt, daß die **„Kommunistin"** nicht mehr als selbständiges Organ, sondern als Beilage in den Tageszeitungen erscheinen soll. Das Gesicht der „Kommunistin" soll geändert werden. Sie soll nicht mehr ein reines Parteiorgan sein und nur zu unseren Genossinnen sprechen. Sie soll mehr propagandistisch wirken. Die grundsätzlichen, die theoretischen und die organisatorischen Fragen der Frauenarbeit gehören in die allgemeinen Parteiorgane. Die „Kommunistin" kann zu diesen Dingen nicht Stellung nehmen. Das interessiert die indifferenten Frauen nicht. Sie soll lebendiger werden und über das ganze Reich berichten. Sie kann das aber nur, wenn die Bezirke mitarbeiten. Die Berichterstattung muß deshalb gefördert werden. Wir müssen Korrespondentinnen für die „Kommunistin" bestimmen. Wir dürfen nicht über die Tatsachen, daß Differenzen da sind und ausgetragen werden, jammern.

Es ist kein Streit in der Partei, sondern je näher wir der Revolution kommen, je schwieriger die Aufgaben sind für die Kommunistische Partei, die ihr in diesem Kampfe gestellt werden, um so mehr werden wir uns „streiten", denn je näher wir der Revolution kommen, je schärfer werden die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, und um so schwieriger wird es sein, die richtige Taktik anzuwenden.

Die Kämpfe werden immer größer. Der Gegner wendet andere Mittel an. Daß wir uns bis zum Tage der Revolution darüber unterhalten werden, welches die richtige Taktik ist, ist selbstverständlich.

Wir müssen immer wieder die großen politischen Ereignisse und Zusammenhänge aufzeigen und in der Partei darüber sprechen. Die Rednerin gibt eine Uebersicht über die politische Lage und ein ausführliches Bild der Wirtschaftskrise. Sie zeigt die wahre Bedeutung des Sachverständigenabkommens für das Proletariat auf.

Es ist die Hauptsache, diese großen Zusammenhänge zu erkennen. Die KPD. darf nicht warten, bis die Arbeiter durch die Verhältnisse revolutioniert werden, sondern sie muß an Hand der Verhältnisse dafür sorgen, daß die Revolutionierung der Arbeiter schneller vor sich gehe. Sie muß anknüpfen an die Nöte, um wirklich an die Massen heranzukommen.

Die Arbeiter bringen den theoretischen Auseinandersetzungen über das Sachverständigengutachten so wenig Interesse entgegen, weil sie die Auswirkungen noch nicht fühlen. Sie warten, bis sich die Auswirkungen bemerkbar machen. Die Arbeiterschaft wird weiterkämpfen müssen gegen den Zehn- und Zwölfstundentag, um höhere Löhne, um eine bessere Lebenshaltung überhaupt. Das alles wird sich an äußeren Dingen bemerkbar machen, wenn auf Grund der Auswirkung des Sachverständigengutachtens sich die Lebenslage des Proletariats tatsächlich verschlechtert. Was können

Wir machen keine besondere Frauenbewegung, wir haben keine besondere Frauenfrage. Unsere Arbeit unter den Frauen müssen wir auch von diesem Gesichtspunkte auffassen. Es ist opportunistisch, wenn Handlungen unternommen werden, die keinen revolutionären Zweck verfolgen. Zum Beispiel die Arbeit im Wohlfahrtsausschuß kann sehr leicht zum Opportunismus führen. Wir dürfen die ganze Geschichte niemals auffassen von dem Standpunkt: Wir wollen diesen Armen helfen. Wir unterstützen unsere revolutionären Kämpfer, damit sie weiterhin revolutionäre Arbeit leisten können. Wir schicken die Kinder der streikenden Ruhrarbeiter nicht weg, weil wir Mitleid mit ihnen haben, sondern damit den revolutionären Arbeitern eine Last abgenommen wird. Das muß besonders bei der Frauenarbeit berücksichtigt werden.

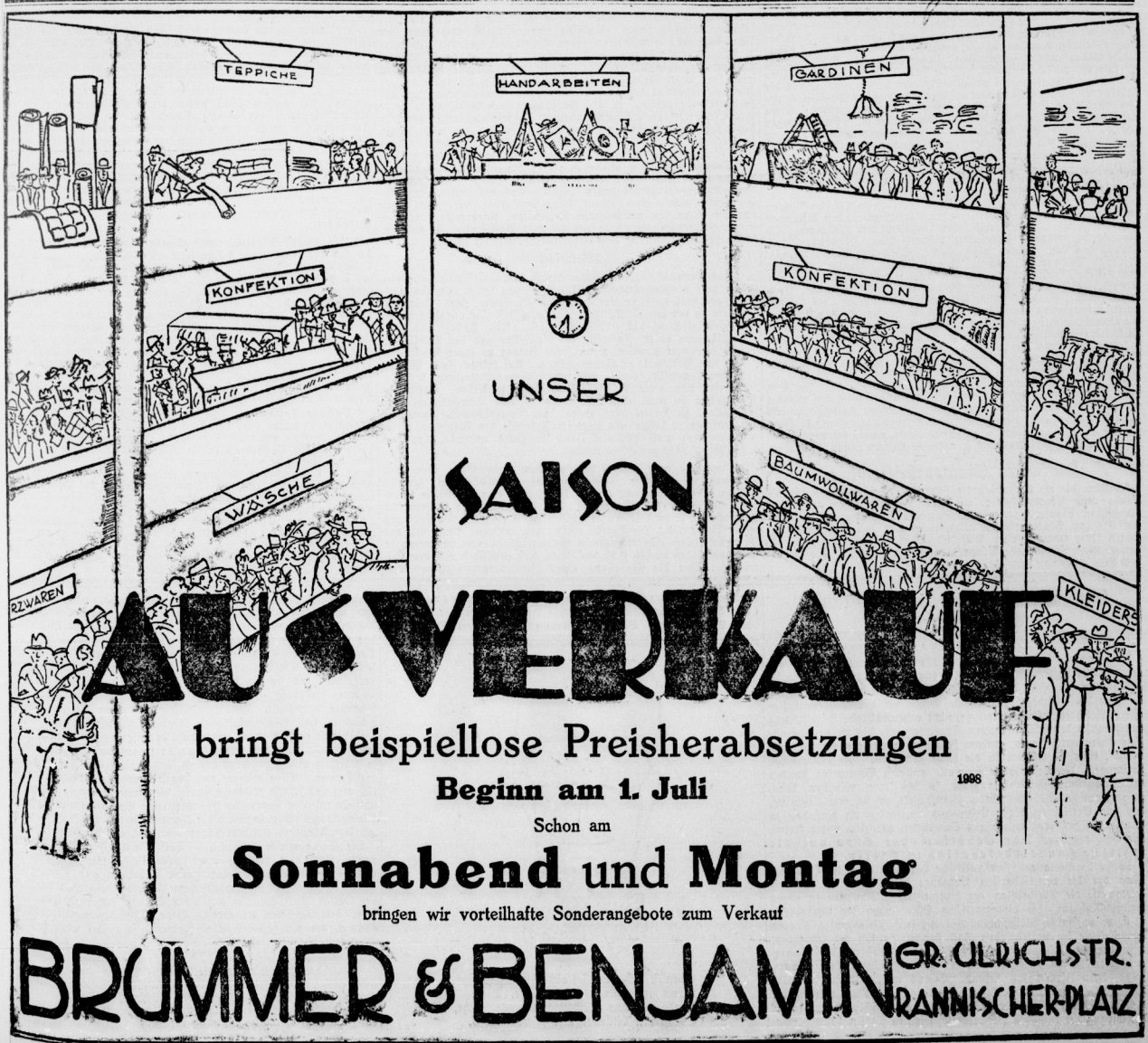
Am 3. August will die Partei eine große Demonstration zur zehnjährigen Wiederkehr des Krieges machen: Gegen den militaristischen Krieg, für den Bürgerkrieg. Besonders unter den Frauen muß dazu gearbeitet werden, denn sie sind für solche Propaganda sehr empfänglich. Die Frauen müssen am 3. August an allen Demonstrationen teilnehmen.

Die Genossinnen haben bisher nicht gewußt, wie sie praktisch arbeiten sollen. Das nächste Mal muß und wird es besser werden, weil die Frauen ausschlaggebend sein werden in den kommenden Kämpfen.

---

* **Branchenversammlung.** Am Sonnabend, dem 28. Juni, abends 7½ Uhr, im „Volkspark", Branchenversamlung aller in den Gießereien beschäftigten Kollegen. Keiner darf fehlen.

Völberg-Wörmlitz. Gestern vormittag begab sich ein Schupoaufgebot nach dem Dorfeingang Völberg, noch in Erinnerung vom Blutsonntag, um hier Geländeübungen vorzunehmen. An der Engelhardt-Brauerei erfolgte großzügige Instruktion, dann ging es auf die Kommunisten los, die durch ein paar vorgeschickte Schupoleute und durch Abfeuern von Platzpatronen martiert wurden. Mit aufgepflanztem Seitengewehr von Baum zu Baum springend, wurde der Sieg errungen. Der übergroße Teil des Aufgebots bestand aus Offizieren. Die Arbeiterschaft kann hier erkennen, wie systematisch die republikanischen Schupobeamten gegen sie aufgehetzt werden und wird sich danach zu richten wissen.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Arbeiter, schickt Eure Kinder in die Kommunistischen Kindergruppen!

Der Sommer ist da. Eure Kinder treiben sich in den Straßen und staubigen Winkeln der Städte herum.

Wißt Ihr, wo sie tagsüber stecken, was sie treiben, womit sie sich beschäftigen? Der Vater kommt abends müde aus der Knochenmühle und will Ruhe haben. Er kann sich mit seinen Kindern nicht viel beschäftigen. Auch die Mutter muß oft verdienen helfen. Die Arbeit im Hause verschlingt den größten Teil ihrer Kraft. Haben Arbeiteretern überhaupt die Möglichkeit, ihre Kinder zu erziehen? Seelenruhig überläßt man das meistens den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse, den monarchistischen Pfaffen und bürgerlichen Lehrern.

Was sie machen, wird schon richtig sein; sie haben es gelernt, trösten sich Väter und namentlich Mütter der Proletarierkinder.

Schaut nur genau zu und fragt Eure Kinder, was diese Liebediener der Kapitalisten mit Euren Kindern machen.

Nicht umsonst haben unsere besten Führer ständig auf die Wichtigkeit hingewiesen, die Arbeiterkinder im Sinne der Arbeiterklasse zu erziehen.

Wo geschieht das? In der Schule? In der Kirche? Bei den „proletarischen Kinderfreunden" der verkrachten SPD.?

Lediglich die kommunistischen Kindergruppen sind bemüht, die Kinder im Geiste des Vermächtnisses eines Liebknecht, Lenin und einer Rosa Luxemburg zu erziehen.

Schickt Eure Kinder in die Kommunistischen Kindergruppen und Ihr werdet wissen, wo sie sich aufhalten, womit sie sich beschäftigen, daß sie gute Lehren bekommen.

Die kommunistischen Kindergruppen erziehen Eure Kinder im Sinne der Arbeiterklasse, bewahren sie vor dem bürgerlichen Geist von Kirche und Schule und lehren sie, sich zu wehren gegen die Feinde der Arbeiterkinder.

Hinein mit Euren Kindern in die Kommunistischen Kindergruppen!

Streikversammlung der Zimmerer am 26. Juni

In der Streikversammlung wurde als erster Punkt die Streiklage im allgemeinen und im besondern die Durchführung des Streiks am Orte eingehend erörtert. Es wurde mitgeteilt, daß der am 5. Juni in Erfurt gefällte Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt worden ist. Daraus dürfte zweifellos für die streikenden Zimmerer und Bauarbeiter ein moralischer Erfolg zu verzeichnen sein. Auf Grund des nicht für verbindlich erklärten Schiedsspruches ist an die Tarifgemeinschaft der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe der Provinz Sachsen und Anhalt der Antrag auf neue Verhandlungen gestellt. Da nach der Begründung des Schlichters die Parteien gehalten sind, in kürzester Frist über Regelung der Ortsklassenentteilung zu verhandeln, können die Unternehmer durch ihren am 5. Juni gestellten Antrag beweisen, ob sie ernstlich gewillt sind, den „Wirtschaftsfrieden" wieder herzustellen. Ueber die örtliche Durchführung des Streiks wurde festgestellt, daß in Halle und der näheren Umgebung des Lohngebietes I auf allen Bauten und Zimmerplätzen die Arbeit ruht. Am 24. Juni war auf Veranlassung der Streikleitungen eine öffentliche Lehrlingsversammlung einberufen worden. Etwa 300 Maurer- und Zimmererlehrlinge waren dem Rufe der Leitungen gefolgt, trotzdem ihre Lehrherren (das Bauunternehmertum) streng verboten, sogar mit Entlassungen gedroht hatten, diese Versammlung zu besuchen. Den Lehrlingen wurde ein instruktives Referat über die Lage im Baugewerbe gehalten und in diesem Zusammenhange die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses klargelegt. Die Lehrlinge versprachen, während des Kampfes der Bauarbeiter alle Bewegungen während des Streiks auf den Bauten und Plätzen, eventuelle Einstellung von Streikbrechern den Leitungen sofort mitzuteilen. Im Streik stehen insgesamt 305 Zimmerer. Als Streikbrecher wurden festgestellt: Richard Rau, Friedrich Lübeck, Richard Galkrein, Albert Plötz, Halle. Wilhelm Hense, Diemitz, Friedrich Dittmar, Nietleben. Albert Schaal, Dieskau. Röscher, Franz Kötel, Passendorf. Hermann Kohlmann, Dölau. Hermann Raue, Zöberitz. Karl Preisch, Reideburg. Wilhelm Plate, Nietleben. Kühr, Gräbers. Von den im Baubof (Magistrat) beschäftigten Zimmerern hatten sich fünf Kollegen aus moralischen Gründen der Bewegung mit angeschlossen, worauf sie fristlos entlassen wurden. Pflicht derjenigen Zimmerer, welche in Arbeit verblieben sind, wäre es gewesen, einmal bezüglich des Verbandsbeschlusses und der zur Entlassung gekommenen Verbandskameraden, sich dem Streik anzuschließen. Stehen geblieben sind: Schlatt, Pallos, Hermann, Arnold, Kittel, Hermann Lehmann, Heinrich, Gold und Sack. Nachdem unter Verschiedenes noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt und insbesondere veranlaßt wurde, daß diejenigen Kollegen, welche in diesen Kampf nicht einbegriffen sind, ihren Pflichtbeitrag in Höhe von 50 Pf. pro Tag sofort abzuführen haben, wurde die von bestem Kampfeswillen durchdrungene gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Die neuen Staatsarbeiterlöhne

Nachdem die am 6. Juni stattgefundenen Verhandlungen für die Reichs- und Staatsarbeiter mit der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung einerseits und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter andererseits von den Arbeitnehmern wegen ihrer ungenügenden Höhe abgelehnt wurden, haben in der vergangenen Woche neue Verhandlungen stattgefunden, die folgendes Ergebnis zeitigten:

Verwaltungsarbeiter, Lohngebiet 2:

1. Handwerker 51 Pf., 2. angelernte Arbeiter 40 Pf., 3. ungelernte Arbeiter 37 Pf.

1. Handwerkerinnen 38 Pf., 2. angelernte Arbeiterinnen 30 Pf., 3. ungelernte Arbeiterinnen 27 Pf.

Zu diesen Löhnen tritt für die verheirateten männlichen Arbeiter eine Frauenzulage von 3 Pf., sowie eine Kinderzulage von 3 Pf. pro Kind und Arbeitsstunde. Außerdem erhalten die länger als drei Jahre bei einer Verwaltung Beschäftigten zu den Stundenlöhnen eine Dienstalterszulage von 2 Pf. und bei einer Beschäftigungsdauer von fünf Jahren weitere 2 Pf., so daß ein Handwerker mit fünfjähriger Dienstzeit und verheiratet mit zwei Kindern einen Gesamtstundenlohn von 64 Pf. pro Stunde erhält.

Die obigen Löhne gelten mit Wirkung ab 1. Juni und sind unverzüglich zur Auszahlung zu bringen. Da die Organisation diese Löhne angenommen hat, werden die Betriebsräte ersucht, umgehend bei den Verwaltungen und Dienststellen vorstellig zu werden, damit sie in den Genuß ihrer tariflichen Rechte gelangen.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter!

Wegen Maßregelung einiger Kollegen hat die Belegschaft der Gußwerke Böhme heute morgen die Arbeit geschlossen niedergelegt. Der Betrieb ist für alle Arbeiter gesperrt.

Die Branchenleitung. Die Ortsverwaltung.

Spruchpraxis der arbeitsgerichtlichen Kammer beim Gewerbegericht der Stadt Halle a. d. S.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben:

Beim Magistrat der Stadt Halle war seit dem Jahre 1918 der Kriegsbeschädigte Otto Hilprecht als Badewärter im Stadtbad beschäftigt. H hat während der ganzen Zeit seinen Dienst zur vollsten Zufriedenheit versehen und war bei seinen Vorgesetzten, Mitarbeitern und den Badegästen angesehen und geachtet. (Dasselbe mußte sogar vor dem Gewerbegericht der Vertreter des Magistrats bestätigen.)

Im Jahre 1920 wurde H. als Mitglied des Betriebsrats gewählt, dem er von da an ständig angehörte bis zum Tage seiner fristlosen Entlassung am 21. März 1924. Da er im Jahre 1923 Vorsitzender dieses Betriebsrats wurde und demgemäß in dieser seiner Eigenschaft mit seinen Vorgesetzten sowie mit dem Dezernenten des Bades, Herrn Stadtrat Pf. in eine nähere Berührung kam, um die Interessen seiner Belegschaft in tariflicher und gesetzlicher Hinsicht zu wahren, machte er sich scheinbar durch diese Interessenvertretung bei den Vorgesetzten mißliebig.

Kleine und den kleinsten Schikanen war H. in den letzten Monaten des Jahres 1923 ausgesetzt, und so ergab es sich, daß bei diesen oder jenen ganz harmlosen Verstößen sowohl von der Arbeitgeber- wie auch von der Arbeitnehmerseite ein Spannungsverhältnis zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung entstand. Die Betriebsleitung mußte nun keinen anderen Ausweg, um dieses Spannungsverhältnis zu beseitigen, indem man danach trachtete, den Vorsitzenden des Betriebsrats, Hilprecht, zur Entlassung zu bringen.

Man sollte auch bald einen Grund sogar für eine fristlose Entlassung gefunden haben. Anläßig einer einseitig von seiten der Betriebsleitung eingeführten neuen Arbeitszeit, von der nicht einmal der Betriebsrat vor der Einführung Kenntnis erhielt, wieviel weniger er aufgefordert war, daran mitzuwirken, wurde von seiten des Betriebsrats am 13. März nach Arbeitsschluß eine Betriebsversammlung mit dem Thema: „Die Neueinführung der Arbeitszeit" abgehalten. H. als Vorsitzender des Betriebsrats hatte diese Versammlung rechtzeitig angemeldet, wie auch den Inspektor sowie den Dezernenten des Bades dazu eingeladen, um diese Frage in Schlichkeit und Güte zu schlichten. Beide Vorgesetzte waren aber ohne Entschuldigung und ohne Angabe von Gründen einfach der Versammlung fern geblieben und gaben somit zum Ausdruck, daß es ihnen ganz gleich sein könnte, was das Personal sagte zu dem einseitig diktierten neuen Dienst. Aus der Mitte der Versammlung wurde nach einem Situationsbericht durch den Vorsitzenden dann die nachfolgende Resolution eingebracht, die einstimmig angenommen wurde und die vom Vorsitzenden H. auf Beschluß der Versammlung dem Inspektor übermittelt wurde.

Resolution.

Das Personal des Stadtbades nimmt mit Entrüstung Kenntnis, daß trotz vorschriftsmäßiger Einladung von seiten des Betriebsratsvorsitzenden Herr Stadtrat Plausch sowie Herr Inspektor Grube zu der am 13. März 1924 abends ½8 Uhr angesetzten Betriebsbesprechung nicht erschienen sind. Nach Ansicht des Personals wäre es im Interesse des Betriebes und des Publikums wünschenswert gewesen, wenn beide Herren zu einer Aussprache mit dem Personal erschienen wären. Auf keinen Fall ist das Personal gewillt, länger der ungünstigen Einteilung der Arbeitszeit von seiten des Inspektors Folge zu leisten. Sollte der Inspektor es nicht verstehen, einen besseren Stundenplan aufzustellen, so bitten wir, dieses dem Betriebsmeister Hermann vornehmen zu lassen Es liegt im Interesse des Betriebes, wenn Verwaltung und Personal Hand in Hand arbeiten, um den Wünschen aller gerecht zu werden.

Ohne daß auf diese Resolution dem Betriebsrat oder dem Personal irgendwelche Nachrichten oder Vorhaltungen gemacht wurden, erhielt Hilprecht am 20. März 1924 eine schriftliche Nachricht von seiten des Magistrats, auf der stand, der Badewärter Hilprecht ist hiermit sofort fristlos entlassen wegen Ueberschreitung seiner Befugnisse. Die Betriebsvertretung versuchte sofort mit der Betriebsleitung eine Aussprache herbeizuführen und sie davon zu überzeugen, daß gemäß § 96 des BRG. doch zumindest mit dem Betriebsrat über die Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes verhandelt werden müsse. Sowohl die Betriebsleitung wie auch der Magistrat ließen sich auf keine Verhandlungen über diesen Fall ein und so war der Betriebsrat gezwungen, Klage bei der arbeitsgerichtlichen Kammer des Gewerbegerichts Halle zu erheben und gemäß § 96 Abs. 2 Satz 3 wurde nach Maßgabe des § 84 Abs. 2 und § 96 Abs. 2 der Einspruch gegen diese fristlose Entlassung begründet.

In seiner Sitzung am 10. April 1924 fällte das Gewerbegericht folgendes Urteil, daß die fristlose Entlassung ungerechtfertigt sei. Mit dieser Erklärung des Betriebsrats gab sich der Magistrat nicht zufrieden und rief er abermals das Arbeitsgericht zur Entscheidung an, das dann in seiner Sitzung am 2. Mai folgende Entschließung fällte:

Die Zustimmung zur Kündigung des Badewärters Otto Hilprecht wird ersetzt

In dieser Sitzung des Arbeitsgerichts gab der Vertreter des Magistrats Halle nach Verkündigung des Urteils ohne jegliche Prüfung der sachlichen Verhältnisse und ohne die Begründung des Vorsitzenden vollständig anzuhören, die Erklärung ab: **„Wenn auch das Gericht die fristlose Entlassung für ungerechtfertigt hält, wir werden den Hilprecht nicht mehr einstellen."**

Tatsächlich wurde auch so vom Magistrat verfahren, und man zahlte wohl dem Hilprecht seinen Wochenlohn mit Wirkung ab 21. März weiterhin aus, ohne ihn zu irgendwelcher Arbeitsleistung heranzuziehen. Um H. nun trotz alledem aus den Diensten der Stadtgemeinde Halle zu entfernen, ging man nun dazu über, ihn auf Grund seiner Kriegsbeschädigung als ungeeignet für den Dienst eines Badewärters in einer öffentlichen Badeanstalt zu bezeichnen. Das Attest eines Stadtarztes, der eine Untersuchung des Hilprecht vornahm, mußte hinhalten, um ihn nun als dienstunfähig zu bezeichnen. An den Betriebsrat wurde nun von seiten des Magistrats das Ersuchen gerichtet, die Zustimmung zur Entlassung des Hilprecht zu geben. Der Betriebsrat lehnte diese Zustimmung ab.

Auf Grund dieses Urteils wurde nun Hilprecht am 3. Mai endgültig aus städtischen Diensten entlassen, nachdem er für die Zeit vom 21. März bis zum 3. Mai seinen Lohn erhalten hatte.

Bei näherer Betrachtung dieser beiden Urteile, die von ein und demselben Gericht und unter derselben Besetzung erfolgte, muß einwandfrei festgestellt werden, daß die ganze Spruchpraxis nur darauf herausging, den Hilprecht aus städtischen Diensten zu entlassen. So wurde also ein Betriebsratsvorsitzender, der in Ausübung seiner Pflichten vielleicht hier und da den Vorgesetzten gegenüber nicht den richtigen Ton fand, der aber sonst auf jede Art und Weise seinen Dienst und seine Pflichten sehr ernst nahm, arbeitslos gemacht, und es ist ihm jetzt bei dem System der **schwarzen Listen**, wie sie in Mitteldeutschland wieder in Erscheinung treten, nicht möglich, auch nur in den kleinsten Betrieben unterzukommen.

„Volkspark"

Das hallische Arbeiterheim „Volkspark", das schon in der Vorkriegs- und Kriegszeit einen Ruf in ganz Deutschland hatte und als das größte und schönste Arbeiterheim Mitteldeutschlands zu betrachten ist, ist in diesem Jahre ganz neu renoviert worden, in der Hoffnung, die alten Beziehungen mit der gesamten mitteldeutschen Arbeiterbewegung wieder anzuknüpfen. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat nun die Initiative ergriffen, um dem „Volkspark" und der hallischen Arbeiterbewegung den alten Ruf zu verschaffen.

Zu diesem Zwecke findet am 5. und 6. Juli von den Gauen Mitteldeutschlands, Erfurt und Leipzig, dieser Organisation ein Mitteldeutsches Treffen im gesamten Etablissement des „Volksparks" statt. Beginn Sonnabend, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, mit einem großen Gartenkonzert unter Mitwirkung des Arbeitersängerchors in dem 2000 Personen fassenden herrlichen Terassengarten. Im großen Saal findet ein Gesellschaftsball statt, im Restaurationssaal ein Bunter Abend und im kleinen Saal ein Kunstabend, veranstaltet von ersten Kräften des hallischen Stadttheaters unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Otto Hampt.

Sonntag nachmittag werden anläßlich des Bezirksängerfestes verschiedene auswärtige Gesangvereine gemeinsam mit dem neugeschaffenen Volkspark-Orchester ein Konzert größeren Stils veranstalten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten werden zu dieser großen Veranstaltung, die über den Rahmen der örtlichen Verhältnisse hinausgeht, ganz besonders eingeladen.

* **Die nächste Stadtverordnetensitzung** findet Montag, den 30. Juni, nachmittags 4 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses über die Wahlen der Deputationen und Ausschüsse. 2. bis 4. Wahlen. 5. bis 8. Verkauf von Baustellen. 9. bis 10. Verkauf von Grabenparzellen. 11. Landerwerb Harz 13. 12 Verpachtung einer Wiesenfläche. 13 Verstärkung der Mittel für Vergütung der Impfärzte. 14. Uebernahme einer Bürgschaft. 15. bis 16. Anträge. Hierauf nichtöffentliche Sitzung. Die Dringlichkeitsanträge unserer Genossen sind, wie man sieht, an 15. Stelle gerückt. Natürlich ist es Herrn Busse wichtiger, durch Verkauf von Baustellen und Grabenparzellen und durch Verpachtung von Wiesenflächen seinen kapitalistischen Gesinnungsfreunden Profite in den Rachen zu jagen, als daß er die Nöte der Arbeiterschaft zur Verhandlung kommen lassen will.

* **Hallische Indexziffern** vom 25. Juni 1924 laut Berechnung des Statistischen Amtes (auf der Grundlage der fünfköpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913/14 = 1): 1. Gesamtindex, d. i. Lebenshaltung einschl. Bekleidung 1025,8 Milliarden (Veränderung gegenüber der Vorwoche — 2,0 Prozent); 2. Lebenshaltung ohne Bekleidung, d. i. Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung 972,4 Milliarden (— 2,5 Prozent). Dem gegenüber ist der Großhandelsindex um 3,8 Prozent zurückgegangen. Die Differenz ist ungeheuerlich, wenn man bedenkt, daß in den letzten Wochen der Großhandelsindex schon beträchtlich gesunken ist, während der Lebenshaltungsindex für Halle fortwährend erheblich gestiegen war. Kulilöhne, schlimmere Arbeitsbedingungen als in der Vorkriegszeit, steigende Preise, das sind die Folgen der „Stabilisierung" für die Arbeiterklasse.

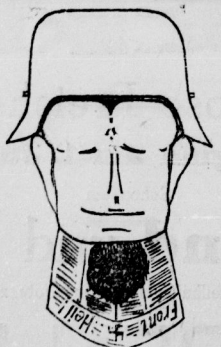
Ein Sonntag bei den Moskauer Arbeiterturnern

Von Jup

Am Sonntag veranstalteten die Moskauer Roten Turner ein großes Arbeiterfestfest, zu dem uns das Komitee eingeladen hatte. Einige Sportgenossen, die in unserer Delegation sind, überbrachten den Moskauer Arbeiterturnern die Grüße der deutschen revolutionären Arbeiterschaft. Stürmische, nicht endenwollende Begeisterung durchbrauste den großen weiten Sportplatz und die vielen tausende Festteilnehmer. Unter großem Jubel wurden die Redner „gepreßt", d. h. sie wurden in die Höhe geworfen. Die turnerischen Leistungen, die Reiterspiele und alle anderen Sportarten standen auf bewunderungswürdiger Höhe, so daß man wünschen kann, unsere deutschen Arbeiter hätten so viel Zeit, um sich dem Training, das zur Erreichung dieser Leistungen notwendig ist, hingeben zu können. Am Abend wurde ein Schauspiel, natürlich unter freiem Himmel, gegeben: Der Ueberfall der Sipo auf die russische Handelsdelegation in Berlin.

Solche Darbietungen sind politische Propaganda erster Ordnung. Man hat die verschiedensten Vorgänge der Weltpolitik, so beispielsweise die Treibereien der kapitalistischen Raubstaaten gegen Sowjet-Rußland, die diplomatischen Schiebungen der Großmächte u. a. m. auf solche Weise, manchmal mit Hilfe riesengroßer Puppen dargestellt. Im vorliegenden Fall handelt es sich um folgendes:

In der Mitte des riesigen Platzes war ein Mast mit der schwarz-weiß-roten Fahne aufgestellt, in der nur ein ganz kleiner schwarz-rot-goldener Flecken sich befand. Etwas weiter davon entfernt das Zeichen der russischen Handelsdelegation. Nun wurden die diplomatischen Verhandlungen dargestellt, im Anschluß daran folgte der Einzug der russischen Handelsdelegation in Berlin. Im Hintergrunde standen zähnefletschend die Konterrevolutionäre und berieten darüber, wie man die Vertreter der russischen Arbeiter- und Bauern-Regierung wieder aus Deutschland hinausjagen könne. Man fand den Bozenhardt, verhandelte mit ihm, zwang ihn zur Unterschrift, und dann ging der Transport durch Berlin los. Bozenhardt entriß sich den Polizisten und flüchtete in das Gebäude der Handelsdelegation. Die Vertreter bedeuteten dem Bozenhardt, daß er das Gebäude der Handelsdelegation zu verlassen hätte. Die Polizei rückte an, und nun wurden die Vorgänge dargestellt, wie sie den deutschen Arbeitern ja bekannt sind. Besonders sinnfällig war die Durchsuchung der Schubladen und Schränke dargestellt. Daran anschließend wurden die Protestkundgebungen und Demonstrationen der Arbeiterschaft gezeigt.



Glaubst Du, dies sei ein Stahlhelmkopf,
Dann irrst Du, lieber Leser, Dich.
Dreh um das Bild! Erschrecke nicht,
Es ist ein Stänker mit seinem Topf.

Und nun geschah etwas, was wohl in unserm nüchternen Deutschland unmöglich ist. Die Zuschauer waren von der Darstellung so erbittert und vom Zorne gepackt, daß sie auf die Sipo-Darsteller losstürmten. Alles drängte auf den Schauplatz zusammen. Plötzlich ertönten scharfe Kommandorufe, die Roten Truppen zogen auf und ein rasendes Feuer aus Hunderten von Gewehren und mehreren Maschinengewehren jagten die Sipo und Faszisten, die immer noch mit den Arbeitern auf dem Platze kämpften, aus der Arena hinaus.

Die Szene wirkte grotartig. Selbst dem einfachsten Proleten wurde klar, was gemeint war: zum Teufel mit Faszisten und Polizei — Sieg den revolutionären Arbeitern und ihrer Roten Armee. Es gehört eine wunderbare innere Bewegtheit dazu, um bei solchen Aufführungen mit allen Sinnen dabei zu sein. Das fehlt den deutschen Arbeitern. Jene glühende Begeisterung des Slaven, der mit fast religiöser Inbrunst sein Ziel umfaßt, ist in Mitteleuropa nicht zuhause.

* **Walhalla-Operetten-Theater.** Meine Tochter Otto, der neueste und größte Operettenerfolg des bekannten Schwarzwaldmädel-Komponisten Leon Jessel geht als nächste Novität des Berliner Operetten-Gastspiels (Direktion Carl Jban) am Sonnabend, dem 28. Juni, abends 8 Uhr erstmalig in Szene

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0006

Aus der Provinz

Neue Tagung des Provinziallandtags im September

Landsberg als Landeshauptmann nicht bestätigt

Bekanntlich ist in der letzten Tagung des Provinziallandtages der Kandidat der SPD., Landsberg, mit 54 gegen 53 Stimmen zum Landeshauptmann gewählt worden. Im Provinziallandtag ist eine bürgerliche Mehrheit vorhanden; er zählt 56 Bürgerliche, 37 Sozialdemokraten und 17 Kommunisten, letztere beiden zusammen also 54 Vertreter. Daß trotzdem der Sozialdemokrat Landsberg gewählt wurde, liegt daran, daß auch die kommunistische Fraktion für Landsberg gestimmt hat und daß auf der bürgerlichen Seite drei weiße Stimmzettel bei der Wahl abgegeben worden sind. Um diese drei weißen Zettel war ein heftiger Streit entstanden, der sich im Landtag tagelang hinzog. Die Bürgerlichen bestritten, daß von ihnen drei weiße Zettel abgegeben worden seien; angeblich hatten alle 56 bürgerlichen Abgeordneten eine „ehrenwörtliche Versicherung" abgegeben, daß sie in der Stichwahl für den bürgerlichen Kandidaten Hübener gestimmt hätten. Den beiden Wahlbeisitzern, und davon insbesondere dem Kommunistischen, wurde Wahlmogelei vorgeworfen; die weißen Zettel, so sagten die Bürgerlichen, sollten bei der Auszählung der Stimmzettel hineingeschmuggelt worden sein. Das war natürlich eine Finte, denn es waren genau 54 Zettel der Linken abgegeben worden, während von den Bürgerlichen drei Stimmen (eben die weißen Stimmzettel) fehlten. Die Sache lag also klar. Auf der bürgerlichen Seite waren drei „unsichere Kantonisten" vorhanden gewesen. Um aber ihren Machtwillen durchzudrücken, beantragten die Bürgerlichen, an die Staatsregierung einen Protest gegen die Wahl Landsbergs einzureichen und die Regierung zu ersuchen, Landsberg nicht zu bestätigen. Dieser Protest wurde dann mit 56 gegen 54 Stimmen angenommen. Die drei Außenseiter hatten diesmal mitgestimmt. Auf Grund dieses Beschlusses hat nun die **Regierung die Bestätigung Landsbergs als Landeshauptmann versagt.**

Es wird nun in der Septembertagung einen neuen heftigen Streit zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten geben. Letztere werden die Position mit Händen und Füßen verteidigen; wo es sich darum handelt, Posten für „Parteileuchten" zu ergattern, da „kämpft" die SPD. Das ist aber auch ihr einziger „Kampf". Für uns Kommunisten ist die Sachlage ziemlich klar. Der Fehler vom April dieses Jahres darf nicht wiederholt werden. Wir wählen weder einen Bürgerlichen noch einen Sozialdemokraten. Was brauchen wir überhaupt einen Landeshauptmann? Einundeinhalb Jahre ist es ohne einen solchen gegangen; Oeser, der als Landeshauptmann gewählt war, saß als Reichsminister in Berlin und kümmerte sich den Teufel um die Geschäfte des Landeshauptmanns. Gewiß ist richtig, wenn darauf hingewiesen wird, daß in dieser Situation der Finanzdezernent Geheimrat Hübener (Bürgerlich) als stellvertretender Landeshauptmann die Geschäfte mit besorgte. Aber es ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß die SPD. mit Hübener immer einverstanden war, der von dieser Seite sogar gelobt worden ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß Hübener der „richtige Mann" sein soll. Wir Kommunisten werden mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen und unsere Entscheidung so treffen, wie es das Interesse der Arbeiterschaft fordert. Das eine steht fest: Landsberg wird nicht wiedergewählt!

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Einen gemeinsamen Spaziergang nach Goddula-Vesta unternehmen am Sonntag, dem 29. Juni, die Parteigenossen, die Kommunistische Jugend und die Kindergruppe. Treffpunkt für diejenigen, die den ganzen Weg gehen, früh 7 Uhr am Nulandtplatz; diejenigen, die bis Dürrenberg fahren, werden um 9.20 Uhr mit der Elektrischen in Merseburg abfahren. Die Eltern seien darauf hingewiesen, daß ein zahlreiches Erscheinen von seiten der Kindergruppe erwartet wird.

Querfurt. Auf zum Bezirkssängerfest! Am Sonnabend, dem 28., und Sonntag, dem 29. Juni, feiert der Bezirk Mansfeld nach zweijähriger Pause sein diesjähriges Bezirkssängerfest in Querfurt. Trotz des Ernstes der Zeit ist es Pflicht aller Gewerkschafts- und Parteimitglieder, an diesem Feste restlos teilzunehmen. Diejenigen Bezirksvereine, welche ihre Zusage noch nicht vollzogen haben, werden nochmals aufgefordert, vollzählig zu erscheinen. Der Arbeiter-Gesangverein Querfurt-Thaldorf hat es sich zur Aufgabe gemacht, den auswärtigen Gästen den Aufenthalt in Querfurt so angenehm wie möglich zu gestalten.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Achtung, Funktionäre! Heute abend 8 Uhr im „Volkshaus" große Funktionärversammlung. Jeder Funktionär muß erscheinen, da wichtige Tagesordnung vorliegt.

Weißenfels. Bezirks-Turn- und Sportfest. Am Sonntag stand Weißenfels im Zeichen der Arbeiter-Turn- und Sportsache. Schon in den frühen Morgenstunden wurden die Bewohner durch die Reveille des Trommlerkorps geweckt. Kurz darauf begannen auch schon die Wettkämpfe im Geräteturnen und in der Leichtathletik im Schloßgarten, der nach vielen Bemühungen erst zur Verfügung gestellt wurde. Das wichtigste des Tages war der Festumzug, der sich in den Mittagsstunden durch die Straßen der Stadt bewegte und davon Zeugnis ablegte, welche proletarische Kraft und welches Klassenbewußtsein in den Arbeitersportlern steckt. Prächtig nahm sich der Zug aus, dem die Vereinsfahnen vorangeführt wurden. Ungefähr 1500 Personen mögen sich an dem Umzuge beteiligt haben. Viele Tausende standen an den Straßenseiten, die einen mit frohem Gefühl im Herzen, das Bürgertum zerknirscht. Der Umzug bewegte sich im Rahmen des Hörsingschen Erlasses, d. h. es wurden keine „umstürzlerischen" Lieder gesungen und gespielt, und Fahnen und Embleme, die auf eine gewisse Tendenz hinweisen, wurden nicht mitgeführt. Dennoch versuchte ein übereifriger Spoofizier einzuschreiten, als das Trommler- und Pfeiferkorps die zu einem Turnermarsch umgearbeitete Internationale spielte. Auf dem Festplatz hatte sich ein reges Leben entwickelt. Ungefähr 2000 Zuschauer umsäumten den Turnplatz, auf dem Freiübungen der Turner und Turnerinnen, leichtathletische Veranstaltungen und mehrere Ballspiele abgehalten wurden. Am späten Abend erst waren die Veranstaltungen zu Ende. Leider litt die Veranstaltung stark unter der mißlichen wirtschaftlichen Lage. Sonst dürfte die aktive und passive Beteiligung „zum Erdrücken" gewesen sein. In dankenswerter Weise hatte der Bezirkskonsumverein die Bewirtschaftung des Festes übernommen. Auch in bezug auf die Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse bedeutete diese Art der Bewirtschaftung einen Fortschritt.

Weißenfels. Volksfeuerbestattung. Am Sonnabend, dem 28. Juni, abends 8 Uhr, im „Pichelsteiner Krug" Generalversammlung. (Siehe Inserat.)

Zeitz. Die SPD. gegen Sozialisierung — aber für Erhöhung der Polizeimannschaften. Ueber die letzte Stadtverordnetenversammlung wird uns berichtet: Der völkische Stadtv. Hoffmann hat auf „höheren" Befehl sein Mandat niederlegen müssen. Der „Ordnungsbund" war dadurch in eine brenzlige Situation geraten, denn die Linke war diesmal mit einer Stimme in der Mehrheit. Man hatte sich aber zu helfen gewußt. Um das „Gleichgewicht" wieder herzustellen, hatten sich die Völkischen gleich einen Ersatzmann mitgebracht. Nach Eröffnung der Sitzung setzte sofort eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte ein, die sich über eine Stunde hinzog. Die Linke fragte an, ob der Nachfolger Hoffmanns, Herr Hering, heute eingeführt werden soll. Da die Einführung aber nicht auf der Tagesordnung stehe, könne sie nicht vorgenommen werden. Die Einführung könne höchstens geschehen in der Form eines Dringlichkeitsantrages. Da sich der Ordnungsbund, in welchem mehrere Juristen vertreten sind, fast gar nicht an der Debatte beteiligte, hatte der Vorsteher alle Hände voll zu tun, um die Angriffe der Linken abzuwehren. Es wurde von der Linken der Antrag gestellt, die Einführung Herings auf die nächste Tagesordnung zu stellen. Als der Vorsteher sich dagegen wandte, wurde ihm Parteilichkeit vorgeworfen. Die Sozialdemokraten jammerten, indem sie nach den Kommunisten hinüberschielten, über den früheren Vorsteher, ihren Gen. Goldstein, so korrekt wie der frühere Vorsteher, ihr Genosse Goldstein, wäre noch keiner verfahren. (?) Die Völkischen drohten mit „Nachhausegehen" (was sie aber nicht tun), wenn ihr Fraktionskollege nicht mit an der Sitzung teilnehmen dürfe. Unser Genosse Bach kennzeichnete das ganze Theater als eine Komödie. Endlich, nachdem man über eine Stunde „unproduktive Arbeit" geleistet hatte, wurde über den Antrag der Linken abgestimmt. Es wurde mit 18 gegen 17 Stimmen beschlossen, die Einführung auf die nächste Sitzung zu vertagen. Hering mußte den Saal verlassen. Nun erst konnte in die reichhaltige Tagesordnung eingetreten werden. Die Gültigkeit der Wahl des Genossen Weber wurde anerkannt. Zu unbesoldeten Stadträten wurden gewählt. Genosse Gutjahr (KPD.); von der SPD. Jäger, Bach, Dietrich; vom Ordnungsbund Oettler, Weiser, Rockendorf, Raab. Die Ergänzungswahlen in verschiedene Deputationen und Ausschüsse werden vorgenommen. Die Vorlage, betr. Beihilfe für das Stadtorchester, wurde wegen der Geringfügigkeit an den Magistrat zurückverwiesen. Eine Vorlage des Wohlfahrtsamts sieht den Bau eines Ferienheims im Knittelholz vor; hier soll die Ferienspeisung vorgenommen und Uebernachtungsräume für annähernd 100 Kinder geschaffen werden. Es soll aber vorläufig nur ein Teil gebaut werden; dafür sind 5000 Mark notwendig. Die Bürgerlichen wünschten den Bau erst nächstes Jahr in Angriff zu nehmen. Genosse Wagner schlägt vor, sofort das ganze Gebäude herzustellen und nicht nur einen Teil; der augenblickliche Bauarbeiterstreik solle kein Hindernis sein. Außerdem stellt er den Antrag, die Stadt möge den Bau in eigene Regie übernehmen. Der Sozialdemokrat Paul Müller ist gegen diesen Antrag; er sagt, man habe auf diesem Gebiete mit den Arbeitern trübe Erfahrungen gemacht. (Zuruf von den Kommunisten: „Die waren wohl zu faul?") Müller meint aber etwas anderes: Die Arbeiter hätten das der Stadt gehörige Handwerkszeug „mitgehen heißen". (Also sind nach P. Müller die Zeitzer Arbeiter Spitzbuben!) Lenzner (SPD.) kann es hierbei nicht unterlassen, seine übliche Parteirede zu halten; er glaubte jedenfalls in einer sozialdemokratischen Mitgliederversammlung zu sein und wurde deshalb vom Vorsteher zur Sache gerufen. Schließlich wird die Summe in Höhe von 16 000 Mk. für den ganzen Bau bewilligt. **Der Antrag der Kommunisten, den Bau in städtische Regie zu übernehmen, wurde mit den Stimmen des Ordnungsbundes Nr. 1 und Ordnungsbundes Nr. 2 (SPD.) abgelehnt.** Bei Punkt 15 bemängelte Genosse Hannemann, daß die Wohnungsuchenden eine Gebühr von 2 Mk. an das Wohnungsamt abführen müßten. Da meistens die ärmere Bevölkerung diese Gebühren aufbringen müsse, beantragte er, diese zu streichen, weil diese unsozial seien. Die Sozialdemokraten riefen: „Das ist undurchführbar!" Der kommunistische Antrag wurde aber angenommen. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Jeder blamiert sich eben, so gut wie er kann. Bei Punkt Herbergsordnung wurde der Antrag der Kommunisten, unter einer Mark keine Steuer zu erheben, angenommen. Beim Punkt Kassenprüfung bekam man allerhand schöne Sachen von den Bürgerlichen zu hören. Es wurde verschiedenes erzählt über den städtischen „Pfandleihdirektor", welcher seine Kündigung eingereicht habe. Stadtverordneter Döring (DP.) meinte, diese Handlungsweise der Stadt erinnere lebhaft an „Kramattenmacherei", es zeige von einem nicht gerade vornehmen Vorgehen der Stadt ihren Bürgern gegenüber. Es seien Fälle vorgekommen, wo Personen, welche von der Stadtbank Geld geliehen, plötzlich einen Schuldwechsel präsentiert bekommen hätten, das geliehene Geld innerhalb drei Tagen zurückzuzahlen. Diese Leute sind dann gezwungen gewesen, ihre notwendigsten Sachen zu verkaufen, um die Schuld tilgen zu können. Liegen doch Fälle vor, wo die Stadt **144 Prozent Zinsen** verlangt habe. Dem Oberbürgermeister war die Sache fatal; er zog schnell sein Notizbuch vor und lud die Stadtverordneten zu einer internen Sitzung ein, um dort die Angelegenheit zu besprechen. Hier sei nicht der geeignete Ort, darüber zu beraten. Die SPD. hüllte sich in Schweigen. Der Antrag der Kommunisten auf Lieferung von Obst an Erwerbslose und Sozialrentner aus den städtischen Obstanlagen wurde angenommen; es sollen 50 Zentner Kirschen und 50 Zentner Hartobst unentgeltlich abgegeben werden. Zum Schluß lagen noch einige Dringlichkeitsanträge vor. Es soll ein neuer Polizeikommissar angestellt werden. Genosse Bach ist gegen die Anstellung; wir haben in Zeitz keinen Mangel an Polizei. Wir sind grundsätzlich gegen die Anstellung solcher Leute, die nur für eine bestimmte Bevölkerungsschicht da sind. Wenn es schon notwendig ist, dann solle man einfach einen unteren Beamten nachrücken lassen. Die Sozialdemokraten waren aber der Meinung, daß am Ort zu wenig Polizeikräfte vorhanden sind. (Es werden allein drei Beamte gebraucht, um die kommunistischen Arbeiter von dem Tribünenbesuch fernzuhalten.) Die SPD. stimmte wieder mit den „Ordnungsfreunden" der Anstellung zu. Die Berufsschulbeiträge sollten umgeändert werden; es soll jeder Gewerbetreibende und jeder kleine Geschäftsinhaber, auch wenn er kein Personal beschäftigt, die Beiträge zur Berufsschule leisten. Da dies eine Härte für den kleinen Geschäftsmann bedeutet, lehnten unsere Genossen diese Vorlage ab. (Der SPD. sind das böhmisch-Dörfer.) Von den Erwerbslosen lag ein Antrag vor um Zuwendung von Wirtschaftsbeihilfen usw. Genosse Strobel unterstützte den Antrag; in Zeitz liegen die Dinge so, daß der übergroße Teil der Erwerbslosen ausgesteuert ist und die ärmsten der Armen sich in der größten Not befinden. Er wünschte, daß vor allen Dingen die Unterstützung auf 39 Wochen ausgedehnt wird. Die Sozialdemokraten beantragten, den Antrag zur nochmaligen Beratung an den Magistrat zurückzuverweisen. Unsere Genossen schlossen sich dem an, aber nur unter der Bedingung, daß diese dringende Angelegenheit nicht auf die lange Bank geschoben wird.

Zeitz. „Ist d. Gefahr vorüber oder soll ich auch noch fliehen?" Der vor einigen Tagen über den Zeitzer „Oberrevolutionär" veröffentlichte Brief hat wie eine Bombe eingeschlagen und in der Arbeiterschaft allgemeine Zustimmung gefunden. Da die Nummer, in welcher der Brief veröffentlicht wurde, schnell vergriffen war, ist von verschiedenen Arbeitern an uns das Ersuchen gerichtet worden, diese „revolutionären" Briefe in Broschürenform erscheinen zu lassen; wir würden uns damit die Sympathien aller Arbeiterkreise erwerben, und zwar auch derjenigen Arbeiter, die bis heute noch diesem rrrevolutionären Schauspieler nachgelaufen sind. Viele wollten gern wissen, wie wir gerade zu diesem Brief gekommen sind; wir mußten aber schon das Pressegeheimnis wahren. Aber darüber sollen sich die Zeitzer Arbeiter beruhigen, aus dem bekannten „Fix-Brief-Verlag" stammt er jedenfalls nicht. Nun schreit Bergholz in seinem Schmierblatt Zeter und Mordio über die ††† Kommunisten, wie sie es fertiggebracht haben, ihm, den alten „Berufsklassenkämpfer", von dieser Seite anzugreifen. Daß wir ihm auf seinen selbstfabrizierten „Reichstagsbrief" die Antwort nicht schuldig bleiben würden, konnte er sich an seinen fünf Schmierfingern abzählen.

Hannsburg. Aus der Partei. Sonnabend, den 28. Juni, abends 8 Uhr, in Sautzschen: **Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht,** daß jeder Genosse erscheint.

Mansfeld-Sangerhausen

Ein Kriegshinterbliebenenheim in Mansfeld

Einer Meldung aus Mansfeld zufolge beabsichtigt die Bezirksfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene des Mansfelder Gebirgskreises in der Stadt Mansfeld ein Erholungsheim für Kriegshinterbliebene zu errichten. So erfreulich diese Meldung an und für sich ist, so hat sie doch einen etwas unangenehmen Beigeschmack, da die Kosten (etwa 20 000 Mk.) durch Haussammlungen auf-

Das Metall der Toten

76]

Von Concha Espina

„Was sollen wir machen!"

Niedergedrückt und in großer Unruhe fragte Don Martin:

„Ist denn keiner von euch auf seinem Posten geblieben?"

„Keiner; es gibt ja nur noch Posten zum Feiern!"

Mit einem Sprung richtet der Direktor sich auf.

„Was willst Du damit sagen?"

Alle Gesichter hatten sich entfärbt; die Damen, die im Zimmer standen, begannen sich furchtsam zurückzuziehen.

„Nichts, Herr", erwiderte Zabala besorgt, „der Kamerad hier hat nicht den richtigen Ausdruck getroffen; die anderen Wächter haben sich zurückgezogen wie wir, weil ihre Einmischung unnütz ist. Ein paar kommen mit den Chefs und dem Ablösungspersonal aus den Bureaus die Straße entlang, andere haben sich im Rathaus in Dite einquartiert."

„Und in der Stadt —?"

„Dort", mußte der Wächter zu seinem Verdruß gestehen, „laufen nur die Bergleute herum."

„Und Ihr habt wohl nicht den Mut, hinzugehen?"

„Wozu?" murmelte Zabala, ebenso pessimistisch wie Fabian Delgado.

Leurz wandte sich in furchtbarer Erbitterung zu Don Jacobo:

„Schließlich sind sie eben alle Spanier!"

„Alles dieselbe Wolfsbrut!" versicherte Pmip und verbarg seine Wut hinter einem eisigen Lächeln.

Eine sanfte Stimme rief in kaum hörbarem Ton:

„Sie erklären sich eben unabhängig!"

Der Katechet warf einen Seitenblick hinüber und begegnete Berias grausamen und spöttischen Augen, die auf ihn gerichtet waren. Gleichzeitig sagte der Direktor:

„Haben Sie nicht versichert, daß wir hier absolute Herrscher seien?"

„Besitzer!" stammelte Don Jacobo unbeholfen.

„Denen es nicht gestattet ist, ihren Besitz zu verteidigen!"

Leonardo Erecnis griff ein:

„Weil lächerlicherweise die Bergwerkswachen hier aus dem Lande sind. Sie halten einen Schatz gegen den Willen seiner Eigentümer und verlangen noch, daß die Beraubten ihn für Sie verteidigen."

Diese Bemerkung in Gegenwart der Mannschaft war ungehörig, und Erecnis zeigte sich egoistisch, indem er sich selbst von der Schuld des Werkes ausschloß.

Don Martin betrachtete ihn erstaunt, und da ihm wenig an neuem Aerger gelegen war, beschränkte er sich darauf, mit gedämpfter Stimme zu erwidern:

„Unser Reglement gestattet nicht, daß Nordetanier, einerlei, welches Ranges, hier in untergeordneten Stellungen verwendet werden."

„Aus Stolz?"

„Ja; um des Prestiges der Rasse willen, überrascht Sie das?"

Der Jankee, als Angehöriger eines jungen, unabhängigen Volkes fing an zu lachen.

„Das setzt mich in Erstaunen! Ich glaubte, das Ansehen eines Volkes hinge von dem andern Geschlecht, von dem der Dienenden ab!"

„Die Ansichten sind verschieden!" äußerte Don Jacobo, der etwas sagen zu müssen glaubte: er wollte Don Martin ablenken, damit er nicht noch mehr Fragen stellte. Der aber dachte nur an seine ernste Verantwortung.

„Tatsache ist", sagte er herb, „daß wir nichts hier besitzen!"

Da erklärte Leurcs Tochter, die sich an der Tür zeigte, ganz leise, aber in festem Ton:

„Spanien den Spaniern!"

Berta klang das Echo eines ähnlichen Satzes im Kopf, und im Herzen trug sie das unbestimmte Verlangen, ihm in dieser Form Ausdruck zu geben. Die der Staatsangehörigkeit nach Fremde war von Geburt Andalusierin, und unbesiegliche Liebe verband sie mit dem von ihren Volksgenossen verstümmelten Lande.

Zufällig hatte niemand außer Don Jacobo das Versteck des jungen Mädchens entdeckt, noch auf ihre kristallklare Stimme gehört. Er blickte noch einmal zur Tür hin, aber schon war sie nicht mehr da, die ihn merkwürdig, wie ein letztes Ziel ehrgeiziger Pläne fesselte: wenn er sich nämlich in Don Martins direktem Dienst um das Werk Verdienste erwarb, so konnte das der Weg sein, die kleine Millionärin zu erobern. Ihr friedfertiger und wenig weltlicher Charakter, ihr zurückgezogenes Leben in Vista Hermosa, das keine Gelegenheit zu Liebeleien gab, flößten dem Ingenieur die süßesten Hoffnungen ein.

Aber es bot sich keine Gelegenheit, die schönen Träume zu verwirklichen.

Jacobo Pmip erkannte das voller Bitterkeit und Mißtrauen, während der Direktor den Polizisten gebot, sich zurückzuziehen. Sie könnten jeder in seine Wohnung gehen oder sich in der Wagenremise versammeln, bis sie neue Befehle bekämen; hier würden sie nicht gebraucht.

Ein heftiger Unwille klang aus diesem Beschluß, und Zabala sprach bemüht die Absicht aus, bis zum Morgengrauen im Park die Runde zu machen.

„Nein, nein; das ist überflüssig: wir haben keine Furcht", betonte Don Martin heißend.

Die Wächter zerstreuten sich in auflodernbem Zorn in der Dunkelheit; sie waren unzufrieden und mißgünstig. Kurz darauf beschlossen die Herren, sich ein wenig zur Ruhe zu legen, um dem morgigen Tagewerk mit mehr Mut gegenüberstreten zu können. Der letzte, der sich verabschiedete, als die Nacht schon von Streifen des Morgengrauens durchzogen wurde, war Jacobo Pmip.

In dem breiten Korridor traf er Berta, die nachdenklich zwischen den trübe brennenden und rauchenden Kerzen stand.

„Gehen Sie noch nicht schlafen?" fragte der Ingenieur und versuchte, ihr in dem halben Licht ins Gesicht zu sehen.

„Ueberhaupt nicht mehr!" sagte sie mit gehässigem Vergnügen. „Erst muß im Herde Feuer angezündet und das Frühstück zurechtgemacht werden."

„Oh, wir wollen jemand suchen, der Ihnen helfen kann!"

„Suchen? Da werden Sie nichts finden, als Enttäuschungen!" sagte das junge Mädchen verächtlich und fügte schon im Fortgehen, hinzu:

„Das ist die Stunde des Strafgerichts!"

Don Jacobo ging sehr verstimmt in den Garten hinaus. Der Wind über den Bäumen schwoll zum Orkan und fuhr mit barschen Schritten durch die Alleen, wie ein heranstürmender Feind.

Seit dem frühen Morgen regnet es, der Wind bläst noch immer und die lange Dämmerung hüllt sich in ein unheilkündendes Wimmern.

Die Gendarmerie hat sich jetzt vereinigt, aber noch immer ist das Militär nicht eingetroffen, das zu Fuß in das Revier eindringen muß.

Gerechte, die in Vista Hermosa wilde Bestürzung hervorrufen, behaupten, daß die Arbeiter Dynamit, blanke Waffen und Gewehre und überdies die Absicht haben, die Läden der „gelben" Kaufleute zu überfallen, jede Rückkehr beiseite zu lassen, den Park zu bombardieren und die Maschinen zu zerstören. Jetzt patrouilliert die ganze verfügbare Miliz durch die Straßen von Nerva, denn die Nordetanier fürchten, daß dort tausend furchtbare Verschwörungen geschmiedet werden.

Chel. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0007

gebracht werden sollen. Der Regierungspräsident soll diese Hausbettelei bereits genehmigt haben. Es wäre Pflicht des Staates gewesen, die Angelegenheit finanziell auf sich zu nehmen; die Kriegsopfer, die für den kapitalistischen Staat ihr Leben ließen, hatten als sicher angenommen, daß für ihre Hinterbliebener in jeder Beziehung gesorgt wird. Wie sagte man doch damals? „Des Vaterlandes Dank seid Ihr gewiß!" Wie dieser aussieht, davon können die Betroffenen ein Liedchen singen. Kummer und Elend, Not und Entbehrungen, eine Unterstützung zum Verhungern; das ist der „Dank des Vaterlandes"!

Das neue Erholungsheim in Mansfeld soll jährlich 120 Kriegerhinterbliebenen beiderlei Geschlechts — monatlich je 12 — einen vierwöchigen Erholungsaufenthalt bieten. In den Monaten Dezember und Januar soll das Heim unbelegt bleiben, um in dieser Zeit notwendige Instandsetzungen durchzuführen.

Berga-Kelbra. Reichs-Arbeitersporttag. Am Sonntag, dem 22. Juni, feierten in Berga die Arbeitersportvereine der Umgegend den diesjährigen Reichs-Arbeitersporttag. Von den Kelbraer Arbeitersportlern wurde der Tag mit einem Stafettenlauf vom Kleinbahnhof Kelbra bis zum Bahnhof Berga-Kelbra (3 Kilometer) mit der Kleinbahn um die Wette begonnen. Aus dem Stafettenlauf wurde gleichzeitig eine Zuverlässigkeitsfahrt der Kyffhäuserkleinbahn. Während sie fahrplanmäßig 10 Minuten fährt, fuhr sie dieses Mal nur 6½ Minuten; sie kann deshalb den Sieg nicht für sich buchen, vielmehr ist er den Arbeitersportlern zuzusprechen, die bei schwacher Besetzung der Strecke 7½ Minuten gelaufen sind. Im Laufe des Vormittags fand dann das Gerätewetturnen und die leichtathletischen Wettkämpfe statt, bei denen ganz ansehnliche Leistungen zu verzeichnen waren. Mittags fand ein Propagandadauerlauf durch die Straßen Bergas statt. Nachmittags fand der eigentliche Festumzug unter guter Beteiligung statt, woran sich weitere turnerische und sportliche Darbietungen auf der Festwiese anschlossen. Der Verlauf des Tages hat im großen und ganzen gezeigt, daß die Arbeitersportler nicht gewillt sind, den bürgerlichen, faszistischen Sport- und Militärverbänden kampflos das Feld zu überlassen, sondern, daß sie ernstlich gewillt sind, ihren „Platz an der Sonne" zu behaupten. Leicht ist diese Aufgabe nicht. Bei der augenblicklichen nationalistischen Hochkonjunktur können sich die Arbeitersportler nur dann behaupten, wenn sie dem Sport nicht als Selbstzweck huldigen, sondern wenn sie ihn als Mittel zur geistigen und körperlichen Ertüchtigung betrachten und ihre Aufgabe darin sehen, wirkliche Klassenkämpfer für die proletarische Revolution zu erziehen.

Polleben. Zuverlässiger Träger sofort gesucht. Meldungen beim Verlag „Klassenkampf", Halle.

Bitterfeld-Delitzsch

Brehna. Der Reichs-Arbeitersporttag wurde hier durch einen Weckruf der Turnerkapelle frühmorgens 5 Uhr eröffnet. Um 1 Uhr mittags bewegte sich ein stattlicher Festzug von ungefähr 200 Teilnehmern durch die Stadt. Sportgenosse Gieler hielt die Festansprache und wies dabei auf die Bedeutung der Arbeitersportbewegung hin. Trotz des ungünstigen Wetters hatte sich ein großer Teil Besucher eingefunden, die mit lebhaftem Interesse die sportlichen Veranstaltungen verfolgten. Abends ½7 Uhr wurde der Werbe-Sporttag durch einen 3000-Meter-Lauf geschlossen. Am Abend fanden sich sämtliche Turner und Sportler zu einem gemütlichen Tanz zusammen, der auf zwei Sälen stattfand.

Bitterfeld. Die neuen Stadträte. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Wahl von sechs Magistratsmitgliedern vorgenommen. Gewählt wurden die Stadtverordneten Lehmann, Ostwald („Parteilose" Arbeitsgemeinschaft), Braun (Liste Brömme), Dietrich (Dem.), Eckartsberg (Mieterschutz) und Taube (Komm.). Die Wahlen bedürfen noch der Bestätigung durch die Regierung.

Delitzsch. Aufruf an alle Arbeiter, Angestellte, Beamte und Volksgenossen von Delitzsch! Der vergangene Sonntag ist ein Schwarzer Tag für Delitzsch gewesen, ein Tag, an dem die arbeitende Bevölkerung nicht so ohne weiteres vorübergehen kann. Ausgerechnet die Delitzscher Geschäftsleute haben das Bundesschießen zum Anlaß genommen, eine monarchistische Schau zu veranstalten. Fast alle Geschäftsleute, mit ganz wenig Ausnahmen, haben an diesem Tage schwarzweißrot geflaggt; wo solche Flaggen nicht mehr vorhanden waren, sind sie sogar neu beschafft worden. Es wäre ein bescheidenes Entgegenkommen dem kaufenden Publikum gegenüber gewesen, wenn diese Leute nur etwas Neutralität beim Schmücken ihrer Häuser an den Tag gelegt hätten. Aber, Volksgenossen, weit gefehlt, die Delitzscher Krämer, und noch dazu die, welche vorwiegend nur von Eurem Lohn und Gehalt leben (Eilenburger Straße, Roßplatz, Breite Straße), kennen keine Neutralität Euch gegenüber; nur Euer Geld ist ihnen lieb, um dann damit die Geschäfte der äußersten rechten Parteien zu besorgen. Der schwarzweißrote Fimmel dieser Leute ist nicht eine harmlose Sache, nein, sie wollen damit ein System wieder helfen aufrichten, wo Ihr wieder unter Vormundschaft der oberen Schichten gestellt werden sollt. Arbeiter, Angestellte, Beamte, auf keinen Fall dürft Ihr das dulden; züchtet nicht länger Eure eigenen Unterdrücker groß, kauft Euren Bedarf an Waren nur noch im Konsumverein. Merkt Euch die Geschäfte, die schwarzweißrot geflaggt hatten.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Generalversammlung des Konsumvereins. Am Freitagabend 7½ Uhr findet im „Schloßgarten" (Behnisch) die Generalversammlung des Konsumvereins statt. Die Mitglieder der Genossenschaft werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung!

Klein-Wittenberg-Piesteritz. Stiftungsfest der Arbeiterturner. Zu dem am 28. und 29. Juni stattfindenden 25. Stiftungsfest des Turnvereins „Frisch auf" wird uns folgendes mitgeteilt: Die Vorarbeiten zu dem Fest sind dank der Rührigkeit der einzelnen Kommissionen schon tüchtig vorgeschritten. Die Quartierfrage, welche in Anbetracht der vielen Meldungen von auswärts als die schwierigste erschien, ist glatt gelöst. Dank der Bereitwilligkeit der verehrlichen Einwohnerschaft beider Orte sind genügend Quartiere zur Verfügung gestellt worden. Das Fest soll folgenden Verlauf nehmen: Sonnabnd, den 28. Juni. Begrüßungsabend im „Elbhafen" und im „Schützenhaus". Hierzu ist ein reichhaltiges Programm aufgestellt worden. Auch auswärtige Vereine, sowie der hiesige Allgemeine Sängerchor wirken an dem Abend mit. Der Sonntag wird mit einem Weckruf eingeleitet. Früh 7 Uhr beginnt das Wertungsturnen auf dem Festplatz. Ebenfalls sollen, soweit als möglich, vormittags schon Faust- und Raffballwettspiele ausgetragen werden. Der Festzug bewegt sich nachmittags 2 Uhr vom „Schützenhaus" bis zum Marktplatz Piesteritz woselbst die Weihe der Fahne vorgenommen wird. Nach der Weihe geht es dann im Zuge weiter durch die Straßen von Piesteritz nach dem Festplatz. Von 4 Uhr an beginnen dann die turnerischen Vorführungen, wie Freiübungen der Turner, der Turnerinnen, der Schüler und Schülerinnen, Geräteturnen der Turner, Turnerinnen und Kinder, sowie Volkstänze und Spiele. Um 6 Uhr werden die Resultate vom Wertungsturnen bekanntgegeben. Ein Ball in den Sälen „Elbhafen", „Schützenhaus" und Ballhaus „Pappelbrücke" wird die Feier beschließen.

Arbeiter-Sport

HFC. Minerva. Sonnabend bei Stutzer Versammlung, in der alle Mitglieder zu erscheinen haben. Fehlen wird bestraft. Sonntag fährt die 1. Mannschaft nach Leipzig. 2. und 3. und Jugend spielen gegen dieselben Mannschaften von Ammendorf.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Sonntag, den 29. Juni, vormittags 8 Uhr, Handballspiel der A-Mannschaft gegen die B-Mannschaft auf dem Fichte-Platz. A-Mannschaft in folgender Aufstellung: Haase (Fichte), Kopf (Ammendorf), Emmert (Nietleben), Siebecke (Nietleben), Hermann (Wörmlitz), Böhme (Fichte), Fleischhauer (Ammendorf), Angermann (Ammendorf), Schellenbeck (Fichte), Mosebach (Fichte), Stolle (Ammendorf); Ersatz Schaaf (Wörmlitz). Dreß Ammendorf. B-Mannschaft: Albig (Fichte), Schanz (Fichte), Meinhardt (Fichte), Böhme (Fichte), Albig 2 (Fichte), Henze (Fichte), Rüdiger (Ammendorf), Hörhold (Nietleben), Deege (Fichte), Schulz (Fichte), Wöhlmann (Ammendorf). Dreß Nietleben. Ammendorf und Nietleben haben je zehn Schwitzer mitzubringen. Das Spiel muß deshalb so zeitig ausgetragen werden, weil um 9 Uhr die Bezirksvorturnerstunde beginnt. Schiedsrichter zu dem Spiel Rößler und Seupt (Nietleben)

Arbeiter-Schwimmverein Halle. Freitag, abends 7½ Uhr, findet im Vereinsbade des Arbeiter-Schwimmvereins hinter dem Hettstedter Bahnhof ein Wasserballspiel zwischen Leipzig 1. und Halle 1. statt. Da die Leipziger Mannschaft zurzeit in guter Form ist und als Bundesmeister für dieses Jahr in Betracht kommt, wird ein guter Sport zu erwarten sein. Die hallische Mannschaft wird versuchen, die vor drei Wochen in Leipzig zugezogene 6 : 2-Niederlage wieder wettzumachen. Vorher spielen Halle 2 gegen Halle Jugendmannschaft. — Sonntag, den 29. Juni, fährt die erste Mannschaft nach Zerbst um an den Vorrundenspielen um die Kreismeisterschaft des 2. Kreises teilzunehmen. Treffpunkt 6,30 Uhr Hauptbahnhof.

Mitteldeutsche Spielvereinigung im 2. Kreis, 6. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Am kommenden Sonntag findet der Bezirks-Fußballtag des 6. Bezirks vormittags 9½ Uhr im „Volkspark" statt. Tagesordnung: 1. Protokollgenehmigung. 2. Präsenz. 3. Anträge. 4. Berichte des Bezirksvorstandes und Entlastung. 5. Neuwahl desselben. 6. Serienspielfragen 1924/25. 7. Verschiedenes. Da wichtige Themen behandelt werden, ist es Pflicht eines jeden Vereins, zwei Delegierte zu entsenden.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Postbezieher!

Gebt die Bestellung auf den „Klassenkampf" sofort auf, dann trifft er ab 1. Juli pünktlich ein.

Der Verlag.

*436

Cenovis-Haferkakao

wird täglich in Tausenden von Familien — besonders als wohlschmeckendes Frühstücksgetränk — verwendet. Der dauernde Gebrauch von „Cenovis"-Haferkakao (Haferkost ist bekanntlich die kräftigste Nahrung) wirkt auf den Gesamtorganismus äußerst kraft- und blutbildend. Im Entwicklungsstadium — also bei Kindern — ferner bei Unterernährten und Kranken gibt es nicht leicht ein besseres Mittel. Wer gesund werden und sich gesund und kräftig erhalten will, trinke täglich „Cenovis"-Haferflocken, -Hafermehl und -Haferkakao. In allen guten Geschäften erhältlich.

Unser **Säson Ausverkauf** beginnt am Dienstag, dem 1. Juli

Sonnabend und Montag

2014 **kaufen Sie bei uns schon besonders billig!**

Beachten Sie unsere Schaufenster!

S. Weiss

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Zucker

gemahlener Melis 2012

1 Pfund 35 Pf.

bei 10 Pfund à Pfd. 34 Pf.

sowie sämtliche Lebensmittel zu stets äußersten Preisen bei

Otto Bornschein

Halle a. d. S., Mittelstraße 21

Empfehle:

Pa. Rindfleisch zum Braten und Kochen

pa. Landschweinefleisch

pa. Kalbfleisch

pa. Hammelfleisch

pa. hausschlachtene Wurstwaren

bei billigster Preisstellung

Hermann Böhlert

Glauchaer Str. 75 [1995

Zeitungsträgerin

für Querfurt zum 1. Juli gesucht. Nur gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen Ludwig Feicht, Konsum Querfurt.

Empfehle für diese Woche:

Pa. Mastochsenfleisch . . . Pfd. 80 Pf.
„ Mastochsenfl. z. Braten „ 100 „
„ Masthammelfleisch Pfd. 90, 100 „
„ Mastkalbfleisch . . Pfd. 90, 100 „
„ Landschweinefleisch Pfd. 80, 110 „
„ Rouladen . . . . . . Pfd. 100 „
Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch 80 Pf.
Pa Rot-, Leber-, Schwartenwurst 80 „
Knochenfleisch Pfd. 30 Pf.

Rob. Hammer, Fleischermstr.

2013 Kleine Klausstr. 2

— Sonntags von 7 bis 9½ Uhr geöffnet —

Todesurteil bringt: Riesolda

Läusen, Wanzen

Flöhen, sofort bei Mensch und Tier. Verkauf: Schurig, Steinweg 10. [2008

Schreibwaren Schulbücher Schultafeln usw.

empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

Im 1998

Preisabbau voraus

bleibt stets das

Lebensmittelkaufhaus Max Schultze

Moritzzwinger 3

Ich offeriere:

Gem. Zucker . Pfd. 35 Pf.
Weißes Schmalz, Pfd. 58 Pf.
Gelbe Erbsen. Pfd. 17 Pf.
Bruchreis . . Pfd. 18 Pf.
Vollreis . . . Pfd. 20 Pf.
Mittelgraupen, Pfd. 20 Pf.
Pa. Weizenmehl, Pfd. 16 Pf.
Pa. Fettheringe, Stück 6 Pf.

Ueberzeugen Sie sich selbst!

Rob. Schirmer, Inh.: Kurt Schirmer,

Leipziger Str. 74 (neben Roten Roß)

empfiehlt 205

Anis-, Himb.-, Honig-Bonbon ¼ Pfd. 20 ₰
Althee-, Kascho-, Hust.-Bonb. ¼ Pfd. 25 ₰
Spez.: Vanille-Mandeln ¼ Pfd. 35 ₰
Schokoladen, Kakao, Pralinen billigst.

Piesteritz

Zu verschenken

habe ich auch nichts, aber gut und billig kaufen Sie Ihre

Baumwoll-, Woll- u. Leinenwaren, Bettwäsche, Inletts, Arbeitsbekleidung

bei 161

Hermann Pietzner

Coswiger Straße 22, Ecke Strengstr

Prima **Fleisch- und Wurstwaren**

621 empfiehlt

Hugo Hoffmann

Roßschlächterei, Weißenfels, Jüdengasse 1

Nur eine Anzeige

im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung

und Sie sind unser ständiger Inserent

Zeitungsträger

für Zeckeritz zu sofort gesucht.

Zu melden bei Kurt Mank, Gartenstraße 13.

Pa. arg. gefr. Ochsenfleisch Pfund 65 ₰
Frisches Schweinefleisch Pfund 80 ₰
Frisches gehackt. Rindfleisch Pfund 70 ₰
Frisch. gehackt. Schweinefl. Pfund 100 ₰

691

billigst **Wurstwaren** billigst

Karl Wahl & Sohn

Zeitz, Wasservorstadt 12

Pa. Fleisch- u. Wurstwaren

empfehlen zu billigsten Tagespreisen

Jeden Nachmittag von 4 Uhr an: **Heiße Warme**

Gebr. Keßler,

602 Roßschlächterei u. Speisehaus

Telephon 614 Weißenfels Marienstraße 21

Prima Rindfleisch m. K., Pfd. 65 Pf.
Prima Rindfleisch o. K., Pfd. 80 Pf.
Prima Schweinefleisch . Pfd. 90 Pf.
Frisches Rindgehacktes . Pfd. 70 Pf.
Frische Wurst . . . Pfd. 90 Pf.

empfiehlt

Paul Kalb, Zeitz

690 Neumarkt 13.

Achtung!

Zeitz, Wochenmarkt

Empfehle **sämtliches Gemüse** sowie 693

Ia. Landgurken

zu äußerst billigen Preisen

R. Freund

Zeitz

NB. Täglich frische Kirschen an der Bude am Schützenplatz

Zum Bezirkssängerfest

empfehle:

Kameruner Nüsse
Schokoladen :—: Waffeln
Knackwürste mit Brödchen
ff. Sahneeis
Zigarren :—: Zigaretten

Stand am Festplatz

Sangesbruder **M. Günther**

Rasberg-Zeitz 692

Bis Montag, 30. Juni müssen alle Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft ihre Anteilaufwertung vorgenommen haben. Wer den Termin verabsäumt, scheidet laut Statut aus der Genossenschaft. Genossen, erfüllt Eure Pflicht sofort! Unser Bureau ist täglich außer Sonnabend u. Sonntag von ½8—5 Uhr geöffnet (Zimmer 28)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0008

Juni 1924 / 5. Jahrgang

Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. / Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, Planufer 17

10 Tagungen der Genossenschaftsbürokratie.

Alljährlich im Mai finden im „Zentralverband deutscher Konsumvereine" für jeden der zehn Revisionsverbände Unterverbandstage statt. Hier kommen die Delegierten der örtlichen Konsumvereinsverwaltungen alljährlich zusammen, und die Bürokratie macht seit Jahren alle Anstrengungen, um zu verhindern, daß zu diesen Tagungen Genossenschaftsmitglieder entsendet werden. In keiner General- oder Mitgliederversammlung wird zu den Tagesordnungspunkten Stellung genommen, außer in den von den Kommunisten beherrschten Vereinen. Die Tagungen der Genossenschaftsbürokratie sind vielmehr bloße Paraden, wo alljährlich dieselben Berichte heruntergeleiert werden und irgendwelche ernste Arbeit nicht geleistet wird.

Erst in den letzten Jahren hat die kommunistische Opposition das Bild dieser Tagungen zu einem anderen gemacht. Seitdem zwingen die Kommunisten überall die Bürokratie, zu den wichtigen Problemen Stellung zu nehmen, zerstören die „Harmonie" der Tagungen und nehmen ihnen ihre „Vergnügungen". So war es auch dieses Jahr.

Daß unter diesen Verhältnissen die organisatorische Basis der kommunistischen Opposition auf den Tagungen noch schwach ist, ist selbstverständlich. Denn in der Regel erscheinen kommunistische Delegierte erst überall da, wo es gelingt, an die Stelle reformistischer kommunistische Verwaltungen zu setzen. Daß diese Tagungen aber kein Spiegelbild von den in den Konsumvereinen organisierten Mitgliedermassen geben, ist klar.

Die Arbeit der Tagungen und Nichtzulassung kommunistischer Anträge.

Im Mittelpunkt aller Tagungen stand das

Gespenst des Kommunismus.

In fast jedem Bericht und Referat war der Hauptteil die Kommunistenhetze. Erst in zweiter Linie kam die Kardinalfrage, was getan werden kann, um die sich in einer schweren Krise befindlichen Konsumvereine zu retten und „wiederaufzubauen". Die Bürokratie kam über Wege organisatorischer Maßnahmen der Bewegung natürlich keinesweges hinaus, trotzdem die Kommunisten zeigten, daß es eine Unmöglichkeit ist, die Konsumvereine im Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln „wiederaufbauen" zu wollen. Von ihnen wurde in den Mittelpunkt gerückt, der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus und für den Kommunismus, den die Konsumvereine mitführen müssen. In diesen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Konsumvereine wurde eine Resolution eingebracht, in der es u. a. heißt:

„Die Aushungerung und Versklavung der arbeitenden Massen bedeutet notwendig auch den Zusammenbruch der Konsumgenossenschaften und ihre Einknechtschaft gegenüber dem Bankkapital. Die Konsumgenossenschaften können sich nicht fortentwickeln, ja nicht einmal erhalten auf dem Boden des heute konkreten Kapitalismus, sie müssen mit aller Kraft an dem Kampfe zur Herbeiführung des Sozialismus teilnehmen . . .

1. Im Falle von Aussperrungen, Streiks, Arbeitslosigkeit usw. übernehmen die Konsumvereine

a) direkte Lebensmittelunterstützungen (Brot-Verteilung usw.)
b) Kreditierung von Lebensmitteln,
c) Auslieferung von kommunalen und anderen Unterstützungen durch den genossenschaftlichen Apparat,
d) Einrichtung genossenschaftlicher Speisehäuser,
e) Geld- und Warensammlung in den Konsumläden,
f) Unterbringung von Kindern außerhalb des Kampfgebietes,
g) Veranstaltung von Sammlungen von Landesprodukten auf dem Lande, deren Abfuhr, Verteilung mit dem Ziele der dauernden Anknüpfung geschäftlicher Beziehungen zu den Organisationen der werktätigen Landwirte.

2. Jeder Konsumverein hat einen dauernden Unterstützungsfonds einzurichten.

a) Die nächste Versammlung jedes Vereins beschließt die Gründung eines Unterstützungsfonds und überweist einen Betrag in der Höhe, der seiner landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht.
b) Die Mitglieder werden in der Generalversammlungen aufgefordert, die Dividende diesem Unterstützungsfonds zu überweisen.

3. Der Zentralverband und die Groß-Einkaufs-Genossenschaft (beide Hamburg) sind verpflichtet, einen zentralen Unterstützungsfonds zu gründen und in der Genossenschafts- und gesamten Arbeiterpresse dafür Propaganda zu treiben.

4. Die Zentralverbandsleitung hat sofort an den Internationalen Genossenschaftsbund (London) heranzutreten, damit dieser die ihm angeschlossenen nationalen Verbände auffordert Sammlungen für die Unterstützungsfonds der deutschen Konsumvereine einzuleiten und eine rege Kampagne zur Unterstützung des deutschen Proletariats und zugleich gegen die Versklavung und Kolonisierung Deutschlands zu führen.

Nur wenn die Genossenschaftsbewegung nach diesen Grundsätzen und Anweisungen arbeitet, ist sie imstande, die gesamte Arbeiterbewegung zu stärken und an ihrem Teil beizutragen zur Abwehr der Offensive des Kapitals und zur Beschleunigung des Sozialismus. Nur dadurch kann sie sich selbst vor Zerfall und Bankrott bewahren."

Diese für jeden klassenbewußten Proletarier ganz selbstverständlichen Aufgaben ihrer Konsumvereine behandelt die Bürokratie ganz anders. Auf den meisten Tagungen wurde die Resolution überhaupt nicht zur Verhandlung gestellt, da sie „gegen das Gesetz" verstoße.

Auch zur Frage der blamablen

internationalen Genossenschaftspolitik der Zentralinstanzen,

die eine Beschickung von internationalen Tagungen ablehnt, wenn sie in „Feindesland" liegen, da sie den Boden des „Erbfeindes" nicht betreten wollen, wurde die eingebrachte Entschließung abgelehnt. Dieser Chauvinismus der Bürokratie ging aber selbst manchen Reformisten zu weit. So ließ in Heilbronn der Reformist Fischer (Heidenheim) einen geharnischten Protest gegen den für die Reformisten Allgemeinen Kaufmann vom Zentralvorstand los.

Ebenfalls abgelehnt wurde auch eine

Kundgebung für Sowjetrußland,

die gegen die Polizeimaßnahmen in der Handelsvertretung protestierte, Genugtuung von der Regierung und bessere Beziehungen der deutschen zu den russischen Genossenschaften verlangte.

Natürlich wurden auch alle gestellten Anträge der Kommunisten zur Frage

der Mitbestimmung der Mitglieder,

die verlangten, daß die Mitglieder selber auf die Tagungen delegiert werden können und ihre Delegierten in Versammlungen wählen, daß die Vorstandsmitglieder jährlich in den Generalversammlungen zur Wahl stellen sollen usw. abgelehnt.

Abwürgung der Diskussionen und Bergewaltigungen in jeder Beziehung.

Die Diskussionsfreiheit war wie immer äußerst beschränkt. Trotzdem Kommunisten rechtzeitig und in genügender Anzahl eingetragen waren, gab es geheime und offenkundige Schiebungen überall. Wenn man damit den Zweck nicht erreichte, ließ man die kommunistischen Redner ganz einfach nicht zu Ende reden, sondern schrie sie nieder. So wurde es in Heilbronn unmöglich gemacht, vom Konsumverein Metzingen satzungsgemäß eingereichte Anträge zu begründen, weil man den Genossen Fischer nicht zu Ende reden ließ, sondern niederschrie.

Aber alle diese Methoden vermochten es nicht, zu verhindern, daß auf fast allen Genossenschaftstagen das

kommunistische Problem im Mittelpunkt

stand. Wie „einflußlos" und „unbedeutend" die Kommunisten waren, ist daraus am besten zu ersehen.

Die Spaltung der Genossenschaftsbewegung

wurde von jedem Reformisten offen angedroht. In Getzmindem hatte man bereits einen Punkt „Ausschluß von Genossenschaften" auf die Tagesordnung gesetzt, wozu dann der Sekretär erklärte, es handelte sich nur um ein Versehen und müsse heißen: „Ausschluß einer Genossenschaft", die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Es ist natürlich ganz offensichtlich, daß der Bürokratie nur noch die notwendige Kourage fehlte, um die

Konsumvereinsmitglieder!

Habt ihr bereits durch den Konsumverein Delegierte zum

Arbeiter-Kongreß

gewählt und angemeldet?

Einheit der Bewegung bereits auf den Unterverbandstagen zu zerstören. Am offensten wurde darüber in Holzminden gerebet, wo der Vertreter des Hamburger Zentralverbandes Bütlein erklärte, daß man sich nicht länger von den Kommunisten, die höchstens ¼ der 3½ Millionen Mitgliedersamilien darstellten, terrorisieren ließe, sondern sich in Ulm ein „Ermächtigungsgesetz" geben lassen wolle, worin man die Vereine zum letzten Male verwarne und wer sich nicht daran halte, werde dann herausgeschmissen. Den kommunistischen Wahnwitz könne man nicht länger mehr mitmachen. Und als der Konsumverein Halle einlud, den Genossenschaftstag kommendes Jahr in Halle stattfinden zu lassen, erklärte der Vorsitzende, daß man ja noch gar nicht wisse, ob Halle nächstes Jahr noch Mitglied des Verbandes sein werde.

Man forderte vielerorts auf, daß

die Kommunisten doch selber aus den Vereinen herausgehen sollten,

damit die Instanzen nicht erst die Trennung zu vollziehen brauchten.

Genossenschaftstag Ulm.

Zu dem vom 23. bis 25. Juni d. J. in Ulm stattfindenden Genossenschaftstag wird die Bürokratie ihre Absichten durchzusetzen versuchen, denn gleich als erster Punkt steht auf der Tagesordnung: „Die Geschäftsordnung des Genossenschaftstages", worüber der zahnlose Löwe Kaufmann redet und wo man die Absicht des Genossenschaftstages 1923 in Görlitz durchzuführen gedenkt, die Opposition noch vollkommen zu vergewaltigen zu versuchen. Als Hauptreferat folgt auch: „Der Mißbrauch der Genossenschaften durch die Kommunisten", wozu der Kommunistenfresser Kasch der Auserwählte ist.

In Ulm wird es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und der Bürokratie kommen. Denn um ihre Herrschaft und Instanzendiktatur aufrechtzuerhalten, schreckt die Bürokratie natürlich selbst nicht davor zurück, die

Einheit und Geschlossenheit der Bewegung

zu zerstören. Die Situation ist deshalb außerordentlich ernst und die Gefahr sehr groß. Mit allen Mitteln muß die Masse gegen die Bürokratie mobilisiert werden, damit der Aufstand auf die Bewegung abgewehrt werden kann. Die Mitglieder müssen sich überlegen, ob sie zulassen wollen, daß die in mühseliger Kleinarbeit aufgebaute Konsumgenossenschaftsbewegung zerstört werden soll, nur weil die Instanzen nicht wollen, daß aus den Konsumvereinen wirkliche Machtmittel im Existenz- und Befreiungskampfe des Proletariats werden.

Gegen diese Bürokratie kann es nur eines geben:

Zieht sie zur Rechenschaft.

Fügt sie sich eurem Willen, als den Trägern der Konsumvereine nicht, dann: zum Teufel mit ihr.

Hamburg verlangt auch Ausschluß der Kommunisten aus dem IGB.

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau", das Organ des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine" in Hamburg, ist eine derjenigen Zeitungen von Arbeiterorganisationen, die an antibolschewistischer Hetze die größten Leistungen vollbringt. Es kommt fast keine Nummer heraus, wo nicht ein drei-, vier- oder gar fünfseitiger Leitartikel sich mit den Kommunisten beschäftigt und wo Herr Kasch aus allen Ecken Zitate der Kommunisten zusammenträgt. Reformistische Genossenschafter sind schon sofort der Meinung, daß, wenn diese Kommunistenhetze nicht jede Nummer der „Rundschau" ziere, sie zu lesen überhaupt keinen Sinn habe, denn auf den übrigen Seiten gibt Kasch größtenteils Zitate aus einem Land nach dem anderen wieder; etwas selber zu schreiben, reicht es nicht zu.

Ausgerechnet die Hamburger Genossenschaftsbürokratie, die in bezug auf die internationale Genossenschaftspolitik in den letzten Monaten eine Sabotierung der Beschlüsse des IGB. durchführte, ist es, die jetzt im Internationalen Genossenschaftsbund mit einer erneuten Kommunistenhetze beginnt. Bereits auf dem internationalen Genossenschaftskongreß in Basel waren es die deutschen Zentralinstanzen, die Widerspruch gegen die Aufnahme des russischen Genossenschaftsverbandes in den IGB. erhoben und die dann im Laufe der Zeit diese antibolschewistische Politik fortsetzten. So lehnte es Heinrich Kaufmann im Frühjahr 1922 ab, an einer von dem IGB. bestimmten Studienkommission nach Sowjetrußland teilzunehmen, (die dann ohne Kaufmann ging und über ihre Eindrücke sehr gute Berichte veröffentlicht hat), da er nicht „Gast der Sowjetregierung oder des Zentrosojus sein wolle". Auf dem Genossenschaftstag 1923 in Görlitz erklärte dann schon Kaufmann, daß er im IGB. die Frage erneut aufrollen werde, ob der russische Genossenschaftsverband noch länger Mitglied im IGB. sein könne, da er mit den Kapitalisten der ganzen Welt „hure" und das „zerstöre", was die Reformisten aufbauten. Nach Görlitz hatte man natürlich bereits keine russischen Vertreter eingeladen, ebenfalls nicht zum diesjährigen Genossenschaftstag nach Ulm.

Jetzt scheint Hamburg der Zeitpunkt gekommen zu sein, um im IGB. die verstärkte Kommunistenhetze zu beginnen. In der „Rundschau" vom 14. Juni schreibt August Kasch, nachdem er sich bisher fast nur mit den deutschen Kommunisten befaßt hatte, u a.:

„Die nichtrussischen Genossenschafter haben alle Ursache, kritisch zu beobachten, was in Moskau und durch Moskau vor sich geht. Der internationale Genossenschaftskongreß in Basel hat gegen den Beschluß der internationalen Genossenschaftsinstanzen und trotz des Widerspruchs namentlich der deutschen, schwedischen und französischen Genossenschafter die Aufnahme der sowjetrussischen Genossenschaften in den Internationalen Gewerkschaftsbund beschlossen.

Das geschah, obwohl die sowjetrussischen Genossenschaften bis auf den heutigen Tag nicht die elementaren Voraussetzungen der Bundessatzungen erfüllen und obwohl ihre Vertreter den Bund und seine Angehörigen planmäßig und rücksichtslos in der perfidesten Weise bekämpfen und seine Grundlagen zu unterwühlen suchen. . . .

Die Russen sind völlig zu Unrecht Mitglied des Internationalen Genossenschaftsbundes, die Zulassung ist von ihnen unter Verschweigung wesentlicher Tatsachen erschlichen und ihnen unter ganz falschen Voraussetzungen gewährt worden.

Daß sie auch aus einfachen gesellschaftlichen Gründen nicht hineingehören, beweisen sie durch ihr flegelhaftes Benehmen. . . .

Der Internationale Genossenschaftsbund hat sich saubere Gäste aufgeladen. Schon räkeln sie sich auf allen Sesseln und spucken ungeniert in die Stuben; vielleicht gehen sie bald nach radikaler Art auch in die Betten. Das „Informations-Bulletin" meint, der Internationale Genossenschaftsbund sei voller Konfliktstoffe. Ein Körnchen Wahrheit unter dem Haufen Schwindel! Allerdings — in vielen Ländern sind recht starke Bedenken laut geworden, ob der Internationale Genossenschaftsbund in seiner heutigen Zusammensetzung eine Stätte sei, an der man als wirklicher Genossenschafter noch lange weilen könne. Das ist das Werk Moskaus! Wie überall, so wird sich auch im Internationalen Genossenschaftsbunde Moskau als Sprengpulver erweisen, wenn man sich nicht rechtzeitig darauf besinnt, daß der Internationale Genossenschaftsbund gemeinnützigen, nicht parteipolitischen Zwecken dienen soll, und wenn man nicht entsprechende Maßnahmen trifft. Als wirtschaftliche Organisation muß auch der Internationale Genossenschaftsbund um seiner weiteren Existenz willen nach dem Grundsatze handeln, daß er Raum nur für solche Mitglieder hat, die seine Satzungen anerkennen und nach ihnen handeln, und daß jeder, der das Gegenteil tut, die Tür von draußen zuzumachen hat. Versäumt er das, so beschwört er die Gefahr seines Zerfalls herauf."

Wir haben heute einige Zitate wiedergegeben, um die andauernd gegen die Kommunisten gerichteten Dreckspritzer einmal zu zeigen. Was Hamburg will, ist also der

Herausschmiß des „Zentrosojus" aus dem IGB.

Sie verspüren also Luft, ihre nationale Politik auch auf den IGB. auszudehnen, wo sie bisher in den letzten Monaten weiter nichts taten, als dessen Veranstaltungen zu sabotieren.

Aber hier haben sie noch weniger Erfolg als in Deutschland; denn bereits auf den letzten Tagungen des IGB., so in Prag, dürften sie belehrt worden sein, daß die übrigen internationalen Genossenschafter keineswegs der Meinung sind, die antibolschewistische Politik nach dem Muster der deutschen Zentralinstanzen zu unterstützen.

Internationaler genossenschaftlicher Propagandatag am 5. Juli 1924.

Am 5. Juli 1924 findet der Zweite internationale genossenschaftliche Propagandatag des Internationalen Genossenschaftsbundes statt. Bereits im vergangenen Jahr, am 7. Juli 1923 haben die deutschen genossenschaftlichen Zentralinstanzen den Beschluß des IGB. zur Veranstaltung dieses Propagandatages offen sabotiert oder die Bedeutung des Tages bis zu geschäftlichen Reklameinseraten in den Zeitungen herabgewürdigt.

Auch dieses Jahr machen die Hamburger Zentralinstanzen keinerlei Anstalten zur wirklichen Abhaltung des internationalen Propagandatages. Von den sonst sehr schnell zur Hand habenden Bekanntmachungen, wenn es sich darum handelt, gegen Veranstaltungen der Kommunisten etwas zu tun, ist jetzt nichts zu merken, trotzdem in den verschiedenen Ländern die Vorbereitungen in vollem Gange sind. So forderte der Verband Schweizer Konsumvereine bereits im März seine Vereine auf, große Versammlungen, Werbeumzüge, Warenausstellungen usw. zu veranstalten.

In Deutschland ist es Aufgabe der kommunistischen Opposition, die örtlichen Konsumvereinsverwaltungen zu zwingen, ebensolche Veranstaltungen zu treffen. Insbesondere müssen alle unter kommunistischer Leitung stehenden Vereine große Versammlungen gemeinsam mit den Gewerkschaften und Parteien sowie Werbeumzüge veranstalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0009

Debatte über die Oktoberereignisse in Deutschland

Bucharin und Klara Zetkin sprechen

(Drahtbericht der Inprekorr.)

Moskau, 23. Juni.

Nach Eröffnung der siebenten Sitzung am Vormittag des 23. Juni führt

Heinrich

aus, daß er als Angeklagter und sogar Verurteilter keine Verteidigungsrede halten, sondern lediglich Bericht erstatten wolle. Dieser Bericht solle die Frage klären, ob er die deutsche Revolution verraten, die Oktoberniederlage verursacht, kleinbürgerliche, sozialdemokratische Abweichungen begangen, eine Revision der Leninschen Staatstheorie erstrebt habe.

Der Redner meint, er habe lediglich die politische Linie des Dritten und Vierten Weltkongresses durchgeführt, und hält diese Linie ohne jegliche Revision auch gegenwärtig für richtig. Der Redner bekennt, große Fehler gemacht zu haben, er müsse aber die Oktoberlegende bekämpfen, um den Heilungsprozeß zu fördern. Die Hauptgründe der Oktoberniederlage sind die, daß wir uns eine falsche Aufgabe stellten, schlechte Mittel anwandten und die Kräfteverhältnisse falsch einschätzten. Der Plan war gemeinsam entworfen worden.

Der Redner schildert eine Tätigkeit in der KPD. nach der Kathenau-Aktion. Er wollte die Partei kommunistisch machen, da damals das Modewort „Bolschewisierung" noch nicht bestand. Die Hauptaufgabe war die ideologische und organisatorische Umstellung der Partei auf Machteroberung, wozu er die notwendigen Vorbereitungen gemacht habe. Die Organisierung der Betriebsräte, der Kontrollausschüsse und der Hundertschaften, die Umstellung der Partei auf Betriebszellen, dies alles beweise, daß er kein Kleinbürger sei.

Nach den schweren Niederlagen des Proletariats wollte er die Partei gut vorbereiten, da kämpfen, nur um Prügel zu bekommen, antikommunistisch ist. Ueber die Organisierung der Revolution und über die proletarische Diktatur sei wenig gesprochen worden. Der Redner bekennt als Fehler, daß er den Riß zwischen Berlin und der Gesamtpartei nicht durch die Aufnahme Maslows und Ruth Fischer in die Zentrale überbrückt habe. Zur Zeit der Cuno-Regierung sei es gelungen, die Massen zu mobilisieren, Betriebsräte, Kontrollausschüsse und Hundertschaften in Thüringen, Sachsen, Oberschlesien und im Ruhrgebiet zu organisieren, es sei dies jedoch weder in Berlin noch in Hamburg gelungen, was der Redner der Unsicherheit der Linken zuschreibt.

Der Redner sei kein Hanswurst Radeks gewesen. Radek habe die Linken in manchen Fragen unterstützt, wofür Radek verantwortlich ist. Der Redner versucht zu beweisen, daß er die Leninsche Staatstheorie und die Theorie über die Rolle der Partei nicht revidieren wollte; er verteidigt die Parteipolitik während des Maistreiks im Ruhrgebiet. Da die Bourgeoisie ein Blutbad provozieren wollte, sei es richtig gewesen, dem Kampfe auszuweichen. Er verteidigt die Parteipolitik zur Zeit des Antifaszistentages, da sonst schon im Juni eine Niederlage eingetreten wäre. Die deutsche Bourgeoisie sei stärker und beweglicher, als die russische, der ideelle Einfluß und die organisatorische Verwurzelung der Sozialdemokratie sei stärker, als die des russischen Menschewismus. Er halte seine Auffassung über die Rolle der Arbeiteraristokratie für richtig.

Der verhängnisvollste Fehler sei gewesen, nach dem Cuno-Streik nicht weiter vorgestoßen zu haben, wodurch die Initiative zur Bourgeoisie überging. Ein schwerer Fehler war es, gegen den Belagerungszustand keine Aktion entfesselt und den Irrglauben, daß der Belagerungszustand sich gegen das Kahr-Bayern richtet, nicht zerstreut zu haben.

Der Redner schildert ausführlich die Ereignisse in Sachsen und erklärt, er übernehme die volle Verantwortung dafür, bei der gegebenen Lage den Kampf abgeblasen zu haben. Der Redner meint, daß nicht die Oktoberniederlage, sondern die Panikstimmung besorganisierend gewirkt habe, und drückt die Befürchtung aus, daß der Parteieinfluß vermindert worden sei. Die Auffassung, wonach die Partei im Oktober hätte kämpfen müssen, sei verbrecherischer Unsinn. Der Redner verwahrt sich gegen die Anklage kleinbürgerlicher Abweichungen.

Nguyen Ai Quoc (Indochina)

lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Kolonialfrage. Der französische Imperialismus verschafft sich nicht nur Kohlematerialien aus den Kolonien, sondern auch gelbe und schwarze Soldaten zur Niederschlagung der Revolution.

Angut (KPD.)

betont die Notwendigkeit der Disziplin, der Einheitlichkeit und der Zentralisation in der Leitung, wobei bei wachsenden Schwierigkeiten Kritik notwendig sei. Der Redner meint, die Exekutive habe nicht genügend rechtzeitig die bulgarischen und die deutschen Ereignisse vorausgesehen und habe nachträglich die Lehren nicht klar gezogen. Organisatorische Eingriffe in die Parteileitungen seien notwendig. Manche Eingriffe waren unrichtig und riefen schwere Krisen hervor. Die Kontinuität der Leitungen darf nicht ohne Not verletzt werden. In den Westländern gäbe es auch eine alte Garde, welche eine Brücke zwischen der zweiten und der dritten Internationale darstellt, diesem sei Rechnung zu tragen.

Die Führung in der Komintern gebühre der KPR., aber andere Parteien müssen ebenfalls zur Führung und Selbständigkeit erzogen werden. Es sei zweifelhaft, ob gegen die demokratisch-pazifistische Welle mit richtigen Methoden gekämpft wird. Die Ultralinke stelle in der KPD. keine Gefahr dar, aber gefährlich sei, was die Ultralinke mit der Linken verbindet. Der Redner meint, in der Komintern existiere kein Rechtsblock, dies sei nur ein Gespenst. Radek habe große Verdienste in der KPD. erworben, weshalb die Angriffe gegen Radekismus ungerecht seien. Der Redner ist nicht überzeugt, daß die jetzige politische und organisatorische Linie richtig sei; er wird sich jedoch den Beschlüssen fügen und die Disziplin halten.

Kleine (KPD.)

führt aus, Brandler beleuchte falsch die Geschichte und Radek ziehe unrichtige Schlüsse aus falscher Beleuchtung. Die Hauptaufgaben seien: 1. Bolschewisierung der Westparteien, 2. organische Verbindung mit den sympathisierenden Massen, 3. weiterer Kampf um die Mehrheit. Während der sächsischen Ereignisse fehlte eine politische Linie. Die Partei entfesselte nicht die Kämpfe, sondern bremste sie. Der Rückzug ohne Kampf war falsch. Der Hauptfehler war die Unterschätzung der Rolle der Partei. Die Rechtsgefahr existiert und muß bekämpft werden.

Schueller (Jugendinternationale)

ergreift das Wort und erklärt, die hauptsächliche Aufgabe des Kongresses sei die Bekämpfung der Rechtsabweichungen. In Radek, Brandler, Thalheimer, in der Erklärung Smerals stecke der Geist von Leipzig und Prag. Radek schätze die Sozialdemokratie falsch ein, da die Sozialdemokratie bis zum Ende ein Bundesgenosse der Bourgeoisie bleibt und sich sogar zum linken Flügel des Faszismus entwickeln werde. Radek betrachtet in seiner Rede die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei, was zum Revisionismus im Kommunismus führt. Der Versuch Radeks, die deutsche Frage wieder aufzurollen, muß zurückgewiesen werden.

Der Redner begrüßt das Auftreten der Minderheit der tschechischen Partei. Die schwedische Partei müsse offen ihren Standpunkt erklären, in der Frage der KPR.-Diskussion müsse die ganze Komintern einheitlich die Zentrale der KPD. unterstützen (Beifall).

Rienzi (Minderheit der italienischen Delegation)

stimmt vorbehaltlos dem Sinowjew-Bericht zu. Hinsichtlich der Kritik der Oktoberereignisse und der Formulierung der Einheitsfronttaktik sei der Redner mit Treini und Severing einverstanden. Die Auffassung der Mehrheit der italienischen Delegation bezüglich der Arbeiter-Regierung als Synonym für proletarische Diktatur sei philosophisch und nicht politisch. Nach Heinrichs und Augusts Rede sei es klar, weshalb die KPD. für die Linke Stellung nahm. In der KPR.-Frage sei Neutralität unzulässig; die Minderheit der italienischen Delegation unterstütze die Zentrale der KPR. und die Leninsche Garde.

Die italienische Minderheit sei für die Fusion mit den italienischen Sozialisten, da die Sozialisten Massen hinter sich haben. Die Minderheit sei bereit, den Fraktionskampf innerhalb der KPR. zu liquidieren und eine einige Partei zu schaffen. Die Mehrheit irre sich gewaltig, wenn sie erklärt, daß Lenin in den „Kinderkrankheiten" nicht auch gegen die italienische Linke geschrieben habe. Die rechten Abweichungen Graziadeis sind genau so unrichtig, wie die linken.

Hierauf erscheint eine

Delegation von den armen ukrainischen Bauern

um der KPD. ein rotes Banner zu übergeben. Der Kongreß begrüßt die ukrainischen Bauern mit Absingen der „Internationale". Braun nimmt namens der KPD. das rote Banner in Empfang. Kolarow begrüßt im Namen des Kongresses die armen Bauern der Ukraine.

Hierauf beantwortet

Braun (KPD.)

die Heinrichrede. Die bulgarische Partei machte einen Fehler, indem sie zur Zeit des Zankow-Umsturzes nicht kämpfte, sie hat jedoch die Lehren daraus gezogen und den Kampf aufgenommen, der die Autorität der Partei hob. Radek und Brandler dagegen seien unbelehrbar, sie halten fest an der fehlerhaften Politik, welche sie in ihren Novemberthesen festlegen wollten. Die schwedische, tschechische und polnische Partei müssen in dieser Frage klar Stellung nehmen. Brandler erklärt, die Ursachen der Oktoberniederlage seien mechanisch, technisch und nicht politisch, was großen Opportunismus bedeutet. Wäre die politische Linie richtig gewesen, so wären auch die technischen Vorbereitungen besser gewesen.

Die Ruhrbesetzung bedeutete eine ungeheure revolutionäre Verschärfung der Lage, was die Brandler-Zentrale auf dem Leipziger Parteitag nicht würdigte, wodurch Brandler bewies, daß ihm die Führerqualifikation fehlt. Brandler berücksichtigte nicht auf dem Leipziger Parteitag die Opposition. Eine falsche Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie, falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik, falsche Einschätzung der linken Sozialdemokraten, Mangel an Parteieinheit — sind die Hauptursachen der Niederlage. Noch im August protestierte auf dem Hamburger Bezirksparteitage Brandler gegen das viele Geschwätz über die proletarische Diktatur. Dem Aufruf zum Antifaszistentag folgten keine Taten.

Während des Cuno-Streiks stießen die Massen weiter vor als die Partei. Hamburg streikte, Sachsen nicht, obwohl es klar war, daß entweder die weiße oder die proletarische Diktatur bevorstand. Die Arbeiterschaft stürzte Cuno, als die Partei noch schwankte.

Die Reden Böttchers und Heckerts im sächsischen Landtage waren eine banale Komödie. Die Partei rief die Eisenbahner nicht auf, keine Truppen gegen Sachsen zu befördern, obwohl es klar war, daß die Niederschlagung des sächsischen Proletariats der Niederlage gleichkam. Die Chemnitzer Konferenz war unvorbereitet. Es ist eine Schande, daß die Rede des linken Sozialdemokraten Graupe den Chemnitzer Beschluß zerschlug. Brandlers Behauptung, daß es der Arbeiterschaft an Kampfbereitschaft fehlte, ist unwahr.

Die Brandler-Zentrale wäre auch ohne Eingreifen der Exekutive abgelöst worden. Der Frankfurter Parteitag bewies, daß keine Panikstimmung vorhanden ist, daß die Partei konsolidiert ist und daß die Partei die Hauptfragen im Sinne des linken Bolschewismus entschied. Thalheimers Behauptung bezüglich der Führerrolle der alten Garde und Radeks ist in diesem Falle unzutreffend. Kautsky und Plechanow hatten auch Verdienste und wurden dennoch zu Verrätern. Solche Fragen müssen politisch und nicht sentimental beurteilt werden. Das Sachverständigengutachten kann eine Atempause und eine eventuelle Zuspitzung bringen. Die KPD. bleibt jede Minute kampfbereit. (Beifall.)

Auf Kuusinens Vorschlag beschließt der Kongreß einen

„entrüsteten Protest gegen das Klassenurteil gegen die finnländischen Revolutionäre

und begrüßt die verurteilten Revolutionäre.

Der Kongreß beschließt, eine Delegation an den Kongreß der armen Bauern der Ukraine zu entsenden.

Bucharin,

stürmisch begrüßt, führt aus, daß wir kluge Optimisten sein müßten. Die deutsche Frage existiert nicht, da die Situation nicht so revolutionär, wie im Oktober, sei und da es so keine innerpolitische Frage gibt. Brandler fragte, warum er, wenn er Sozialdemokrat sei, nicht ausgeschlossen werde. Brandler ist kein Sozialdemokrat, er weist nur gefährliche sozialdemokratische Tendenzen auf, welche im Keime erstickt werden müssen. Die Komintern sucht nicht die rechte oder die linke, sondern lediglich die richtige politische Linie.

Die Richtlinien sind: Einheitsfronttaktik und Arbeiter-Regierung. Der Redner selbst schwankte in der Einheitsfrontfrage, weil er die Gefahren überschätzte. Lenin dagegen habe zeitweise die Gefahren unterschätzt. Die Komintern will keine Revision der Einheitsfronttaktik, sie mengt nur die unrichtige Interpretation aus. Radek vergißt völlig den Demaskierungsmoment. Hinsichtlich der Arbeiter-Regierung meint der Redner, daß selbst die proletarische Diktatur verschiedene Formen annehmen kann, wie das das russische und das ungarische Beispiel beweisen. Die KP. Rußlands bildete mit den linken Sozialrevolutionären eine Koalition, trieb aber die Bewegung vorwärts und stärkte die Massenorganisation, was in Ungarn versäumt wurde.

Die KPD. trieb in Sachsen nicht die russische Politik, sondern das Gegenteil. Die Partei trieb die Aktion nicht vorwärts, sondern blieb stehen. Radek bekannte als Fehler, die Einheitsfront von unten nicht angewandt zu haben und keine Massenorganisation geschaffen zu haben. Damit richtete er sich selbst. Brandler vergaß, daß die Massenorganisation das wichtige, die Technik aber das sekundäre Moment ist. Radek interpretierte die Alarmparole opportunistisch, und die deutsche Zentrale machte das Weiterreiten des Volksbewegung unmöglich. Hiermit stehen die früheren opportunistischen Fehler im engsten Zusammenhange.

Thalheimer verlangt die Unterstützung der alten Garde, was richtig ist, wenn die alte Garde richtige Politik macht. In der KPD. bestand eine Kluft zwischen der Führung und den Parteimassen, was ebenfalls eine Ursache der Niederlage wurde, weshalb das Eingreifen der Exekutive richtig war. Ohne Autorität vor den Parteimassen kann keine Zentrale bestehen.

Die Krisen der Sektionen der Kommunistischen Internationale sind teils die Folge von Niederlagen, teils bedeuten sie den Prozeß des Werdens von bolschewistischen Parteien. Im Kampfe gegen Abweichungen wächst der Bolschewismus, verstärkt sich die Leninsche Orientierung. Im Prozeß der Revolution ändert sich auch die Natur des Proletariats, ändert sich der Charakter der Parteien. Es ist nur begrüßenswert, daß die deutschen Proletarier temperamentvoller geworden sind.

*

Moskau, 24. Juni.

In der Morgensitzung vom 24. Juni sprechen zunächst Brown (England) über die angeblich falsche Beurteilung der englischen Arbeiter-Regierung durch Ruth Fischer, dann Krojewski (Polen) über Bauern- und nationale Frage.

Kolarow (Bulgarien)

meint, Radek habe versucht, die Niederlage der bulgarischen Partei mit außenpolitischen Schwierigkeiten zu rechtfertigen. Die Rechtfertigung sei unnötig, da die bulgarische Partei ihre schweren Fehler selbst bekennt. Auf Grund ausführlicher Schilderung der Juni-September-Ereignisse beweist der Redner, daß der Hauptfehler die Vernachlässigung der Bauernfrage war.

Lensky (Frankreich)

meint, die Einschätzung der französischen Wahlen durch Radek sei fehlerhaft, da Radek nur die Quantität der kommunistischen Stimmen rechnet, nicht aber deren Qualität in Betracht zieht. Die richtige Taktik der KPF. eroberte die besten Arbeiterstimmen von Paris. Die Politik der polnischen Partei müsse stark geändert werden.

Neurath (KPTsch.)

meint entgegen Trotzkis und Radeks Auffassung, daß die Konsolidierungsperiode des Kapitalismus und der Sozialdemokratie nicht dauerhaft sei. Die Parteien müssen jeden Tag zur Kampfaufnahme bereit sein, da große Kämpfe bevorstehen. Smerals Formel in der deutschen Frage sei unwürdig.

Pepper (Amerika)

führt aus, daß die Sturmaufgabe der Komintern in der Schaffung einer Massenpartei in England bestehe, da die deutsche Oktoberniederlage und die Macdonald-Regierung das Schwergewicht nach England verschoben haben. Die Analysierung der Labor Party sei gegenwärtig eine internationale Aufgabe. Labor Partys bilden sich in den Momenten des Kapitalangriffes in den Ländern heraus, wo eine Kluft besteht zwischen der Arbeiteraristokratie und den wirklichen proletarischen Massen. In England, Amerika, Südafrika, Australien, Kanada wurden die politischen Massenparteien durch Gewerkschaften gegründet, nicht aber die Gewerkschaften durch politische Parteien, wie in Europa. Es ist kleinen politischen Parteien, wie der Labor Party in England und der Workers Party in Amerika gelungen, die Labor Partys zu erobern.

In Amerika müssen die Arbeitermassen von den bürgerlichen Parteien losgelöst werden. Die Farmer-Labor-Party faßt die Farmer und Arbeiter zusammen. Die Lage ist äußerst chaotisch, weshalb die Entscheidung der amerikanischen Frage schwer sei.

Dunne (Amerika)

führt aus, daß der Grund der Schwierigkeiten in der amerikanischen Arbeiterbewegung in der höchsten Entwicklung des Kapitalismus und in den äußerst zahlreichen Nationalitäten zu suchen sei, weswegen es auch bisher keine revolutionäre Massenpartei gäbe. Die Einheitsfronttaktik bedeute für Amerika keine Gefahr, da es keine Sozialdemokratie gibt. Die Meinungsverschiedenheiten in der amerikanischen Frage bestehen darin, daß eine Gruppe meint, die Massenpartei müsse sich hauptsächlich auf Bauern stützen, die andere Gruppe dagegen die Meinung vertritt, daß das Industrieproletariat die Basis der Massenpartei ausmachen müsse. Die Hauptaufgabe aber sei die Errichtung einer Massenpartei. Die Hauptstütze des amerikanischen Kapitalismus bilden die südamerikanisch lateinischen Staaten.

Masseigne

begrüßt im Namen des französischen kommunistischen Jugendverbandes das Sinowjew-Referat und polemisiert gegen Radek.

Klara Zetkin

führt aus, die Exekutive sei für die Politik der Brandler-Zentrale zwei Jahre lang mitverantwortlich. Die Oktobermobilisierung des deutschen Proletariats habe allerdings die Ausrufung der Monarchie am 9. November, wie die Faszisten planten, verhindert.

Die Ursache der Niederlage sei nicht reformistisch-sozialdemokratische Politik, nicht die unglückliche Sachsenregierung, sondern die Tatsache, daß die objektive revolutionäre Lage zu spät erkannt wurde, daß die subjektive revolutionäre Massenstimmung, die Massenstreiks, Hungerrevolten nicht zusammengefaßt, gesteigert wurden. Hierfür ist die alte Zentrale verantwortlich.

Die Partei hat es nicht verstanden, Teilforderungen mit der Machteroberung, mit der Einstellung auf Bürgerkrieg zu verbinden, sie schuf keine Massenorganisationen, politisierte nicht die Betriebsräte, verband nicht die Hundertschaften mit den täglichen Kämpfen. Die Partei betrachtete die Teilkämpfe als Kraftvergeudung, nicht aber als Steigerung und Sammlung revolutionärer Kräfte, was tatsächlich sozialdemokratisch ist.

Die organisatorische und technische Vorbereitung ist unentbehrlich, aber die politische Vorbereitung ist wichtiger als die letztere. Es war ein Fehler, die Sachsenregierung nicht auf die Betriebsräte, nicht auf das bewaffnete Proletariat zu stützen, sondern auf eine Koalition parlamentarischer Parteien. Da die Partei die revolutionäre Massenstimmung nicht organisierte, verrauchte dieselbe.

Im Oktober fehlte bereits die Kampfbereitschaft der Massen, wie dies auch Hamburg beweist, wo nur Hunderte kämpften.

Die Rednerin kritisiert die Tätigkeit der neuen Leitung, indem sie behauptet, daß nach der Illegalität keine Massenaktion durchgeführt wurde, die Maifeier ungenügend war, die Aktionen anläßlich des Ueberfalls auf die Handelsvertretung schwach waren, die Reichstagswahlen keine Aufrüttelung der Massen und die Reichstagseröffnung keine Massenkundgebung mit sich brachten. Halle und Fürstenwalde beweisen, daß eine wirkliche Verbindung mit den Massen fehlt. Bei Massenstreiks, mit Ausnahme Oberschlesiens, fehlte die Partei als Führerin.

Die Partei entfesselte nicht die Aktivität der Massen, was einer unklaren politischen und organisatorischen Linie zuzuschreiben sei. In der Gewerkschafts- und in der Arbeiter-Kongreßfrage schwankte die Partei lange Zeit.

Die Rednerin ist mit der Formulierung Sinowjews über die Einheitsfront und Arbeiter-Regierung nicht einverstanden. Die Einheitsfront stelle die Einheitsfront aller Proletarier ohne Parteiunterschied unter Führung der Kommunistischen Partei dar. Die Arbeiter-Regierung sei nicht nur ein Synonym für die proletarische Diktatur, sondern eine Regierungsform für solche Perioden, wo die Bourgeoisie bereits zu schwach ist, die Macht zu behalten, das Proletariat aber noch zu schwach ist, die Macht zu erobern.

Das Sachverständigengutachten könne eine Atempause oder eine rasche Zuspitzung der Lage bringen. Während einer solchen Periode bestehen Rechtsgefahren und Linksgefahren. Die Komintern müsse gegen beide kämpfen, um wirkliche bolschewistische Parteien zu schaffen, welche zu jeder Zeit kampfbereit wären.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240627-16/fragment/page=0010